

Stadtparlament

Wortprotokoll

10. Sitzung der Legislatur 2019 - 2023

Dienstag, 29. September 2020, 18:00 Uhr, Seeparksaal

Vorsitz:	Lukas Auer, Parlamentspräsident
Entschuldigt:	Ruth Erat, SP/Grüne Aurelio Petti, CVP/EVP
Anwesend Stadtparlament:	28
Anwesend Stadtrat:	Dieter Feuerle Dominik Diezi Jörg Zimmermann Michael Hohermuth Luzi Schmid
Protokoll:	Nadja Holenstein, Parlamentssekretärin

Traktanden

- 10/1. Mitteilungen
 - Mitteilungen aus dem Parlamentsbüro
 - Mitteilungen der Einbürgerungskommission (EBK)
 - Mitteilungen der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission (FGK)
- 10/2. Betriebsbeitrag an das Eissportzentrum Oberthurgau EZO in Romanshorn in Höhe von jährlich Fr. 64'295.-- ab 1. Mai 2020
 - Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung
- 10/3. Thurgau Tourismus: DMO 2023, neue Leistungsvereinbarung 2021+
 - Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung
- 10/4. Stadt Arbon, Budget 2021
 - Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung
- 10/5. Fragerunde
- 10/6. Informationen aus dem Stadtrat

Präsident Lukas Auer, CVP/EVP: Geschätzte Parlamentarierinnen und Parlamentarier, Vertreter der Medien und Besucher, sehr geehrte Damen und Herren, ich begrüsse Sie zur ersten Budgetsitzung im September in der Geschichte der Stadt Arbon. Wir konnten in der letzten Woche noch Sonne und Wärme geniessen und jetzt haben wir definitiv unsere Badehose und Badetücher durch lange Hosen und Pullover ersetzt. Ich wünsche Ihnen eine gute Debatte.

Nach erfolgtem Namensaufruf stellt der Parlamentspräsident fest, dass 28 Mitglieder des Stadtparlaments anwesend sind. Die Beschlussfähigkeit ist somit gegeben. Das absolute Mehr beträgt 15.

Sie haben die Traktandenliste rechtzeitig erhalten. Zur heutigen Traktandenliste ging vonseiten des Stadtrats die Meldung ein, dass dieser das Traktandum 3 Thurgau Tourismus von der heutigen Traktandenliste zurückziehen möchte.

Stadtpräsident Dominik Diezi, CVP: Es hat sich in den letzten Tagen gezeigt, dass zwischen Arbon Tourismus und Thurgau Tourismus zuerst noch einige Fragen geklärt werden müssen. Diese Gespräche sind bereits angelaufen. Sie sind gut angelaufen und es darf derzeit davon ausgegangen werden, dass die noch offenen Punkte rechtzeitig so geklärt werden können, dass das Geschäft für die Parlamentssitzung spätestens im Dezember zum Entscheid bereit sein wird. Der Stadtrat ersucht Sie deshalb, über dieses Geschäft einstweilen nicht zu befinden, er zieht es zurück.

Präsident Lukas Auer, CVP/EVP: Antrag des Büros auf Änderung der Traktandenliste. Für das Traktandum 2 Betriebsbeitrag EZO und das Traktandum 3 Thurgau Tourismus soll keine Detailberatung, Beschlussfassung stattfinden, sondern stattdessen die Wahl von 7er-Kommissionen. Sind Wortmeldungen zum Antrag? – Dies scheint nicht der Fall zu sein.

Bill Mistura, SVP: Ich verstehe den Antrag nicht, denn es werden zwei Geschäfte zusammengefasst. Ich beantrage, dass einzeln über die beiden Traktandenänderungen abgestimmt wird.

Abstimmung

Der Antrag, Traktandum 2 nicht zu beraten, sondern eine 7er-Kommission zu wählen, wird mit 26 Ja gegen 2 Nein angenommen.

Der Antrag, Traktandum 3 nicht zu beraten, sondern eine 7er-Kommission zu wählen, wird einstimmig angenommen.

Die angepasste Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

1. Mitteilungen

Präsident Lukas Auer, CVP/EVP:

Sie haben für die heutige Sitzung folgende Unterlagen erhalten:

Mit ausserordentlichem Versand vom 6. August 2020:

- Betriebsbeitrag an das Eissportzentrum Oberthurgau EZO in Romanshorn in Höhe von jährlich CHF 64'295 ab 1. Mai 2020, Botschaft an das Stadtparlament
- Thurgau Tourismus DMO 2023, neue Leistungsvereinbarung 2021 +, Botschaft an das Stadtparlament

Mit ausserordentlichem Versand vom 27. August 2020:

- Stadt Arbon, Budget 2021, Botschaft an das Stadtparlament

Mit Versand vom 8. September 2020:

- Einfache Anfrage „Papier- und Kartonsammlung in Arbon“ von Lukas Auer, CVP/EVP, Beantwortung

Mit ausserordentlichem Versand vom 21. September 2020:

- Stadt Arbon, Budget 2021, Bericht der FGK

Mitteilungen aus dem Parlamentsbüro:

Das Protokoll der 9. Parlamentssitzung dieser Legislatur wurde vom Büro genehmigt und im Internet aufgeschaltet.

An der heutigen Sitzung sind die folgenden parlamentarischen Vorstösse eingegangen:

- Einfache Anfrage „Kamera auf öffentlichen Plätzen der Stadt Arbon“ von Lukas Auer und Reto Neuber, beide CVP/EVP

Diese wird dem Stadtrat zur Beantwortung überwiesen.

- Interpellation „Flächendeckendes Glasfasernetz für Arbon“ von Daniel Bachofen und Heidi Heine, beide SP/Grüne

Diese geht nun in Zirkulation.

Einfache Anfragen

Die einfache Anfrage „Papier- und Kartonsammlung in Arbon“ von Lukas Auer, CVP/EVP wurde mit dem Versand zur heutigen Sitzung beantwortet. Eine Diskussion findet nicht statt. Die einfache Anfrage gilt als erledigt.

Mitteilungen aus der Einbürgerungskommission:

Gemäss Art. 12 des Einbürgerungsreglements besteht für die Einbürgerungskommission Informationspflicht gegenüber dem Stadtparlament über die zu behandelnden Gesuche beziehungsweise gefassten Beschlüsse.

Christine Schuhwerk, FDP, Vizepräsidentin Einbürgerungskommission: Die Einbürgerungskommission der Stadt Arbon hat an ihren Sitzungen vom 26. August und vom 24. September 2020 folgende Personen ins Bürgerrecht der Stadt Arbon aufgenommen:

(EBK-Sitzung vom 26.08.2020)

- Mehmetaj Miftar, 1986, kosovarischer Staatsangehöriger
Mehmetaj Andronika, 2010, kosovarische Staatsangehörige
Mehmetaj Redona, 2012, kosovarische Staatsangehörige
Mehmetaj Andrik, 2015, kosovarischer Staatsangehöriger
- Greco Luigi, 1973, italienischer Staatsangehöriger
Greco Nuria, 1974, spanische Staatsangehörige
Greco Alessia, 2004, italienische Staatsangehörige
- Memedi Hajrije, 1982, nordmazedonische Staatsangehörige

(EBK-Sitzung vom 24.09.2020)

- Asani Sehad, 1989, serbischer Staatsangehöriger
Asani Dijar, 2014, serbischer Staatsangehöriger
Asani Dijara, 2018, serbische Staatsangehörige
- Todici Milana, 2003, bosnisch herzegowinische Staatsangehörige
- Hebsacker Yannick, 1999, deutscher Staatsangehöriger
- Kayisoglu Ömer, 1998, türkischer Staatsangehöriger

Im Moment liegen 12 Gesuche von 19 Personen vor, die sich im Bewilligungsverfahren befinden, davon sind 5 Gesuche zurückgestellt.

2. Betriebsbeitrag an das Eissportzentrum Oberthurgau EZO in Romanshorn in Höhe von jährlich CHF 64'295 ab 1. Mai 2020

Präsident Lukas Auer, CVP/EVP: An der Sitzung vom 28. September 2020 hat das Büro beschlossen, an der heutigen Sitzung für die Botschaft eine vorberatende parlamentarische 7er-Kommission einzusetzen. Wir beantragen Ihnen folgende Zusammensetzung für diese PK:

- Auer Jakob, SP/Grüne
- Graf Lukas, SP/Grüne
- Heller Riquet, FDP/XMV
- Künzi Peter, FDP/XMV
- Mistura Bill, SVP
- Petti Aurelio, CVP/EVP
- Testa Arturo, CVP/EVP

Sind Wortmeldungen dazu oder werden weitere Wahlvorschläge gemacht? – Wenn das nicht der Fall ist, stimmen wir über die Wahl der 7 Kolleginnen und Kollegen in globo ab.

Abstimmung

Die vorgeschlagenen Personen werden einstimmig bei Enthaltung der eigenen Stimmen in die vorberatende Kommission gewählt.

Präsident Lukas Auer, CVP/EVP: Als Präsident der Kommission wird Jakob Auer, SP/Grüne vorgeschlagen. Werden andere Vorschläge gemacht?

Abstimmung

Jakob Auer wird einstimmig bei Enthaltung der eigenen Stimme als Präsident der vorberatenden Kommission gewählt.

3. Thurgau Tourismus: DMO 2023, neue Leistungsvereinbarung 2021+

Präsident Lukas Auer, CVP/EVP: An der Sitzung vom 28. September 2020 hat das Büro beschlossen, an der heutigen Sitzung für die Botschaft eine vorberatende parlamentarische 7er-Kommission einzusetzen. Die überarbeitete Botschaft wird dem Parlament zeitnah zugestellt. Wir beantragen Ihnen folgende Zusammensetzung für diese PK:

- Bachofen Daniel, SP/Grüne
- Baettig Rico, FDP/XMV
- Erat Ruth, SP/Grüne
- Lehmann Myrta, CVP/EVP
- Nägeli Ulrich, SVP
- Schuhwerk Christine, FDP/XMV
- Straub Esther, CVP/EVP

Sind Wortmeldungen dazu oder werden weitere Wahlvorschläge gemacht? – Wenn das nicht der Fall ist, stimmen wir über die Wahl der 7 Kolleginnen und Kollegen in globo ab.

Abstimmung

Die vorgeschlagenen Personen werden einstimmig bei Enthaltung der eigenen Stimmen in die vorberatende Kommission gewählt.

Präsident Lukas Auer, CVP/EVP: Als Präsidentin der Kommission wird Christine Schuhwerk, FDP/XMV vorgeschlagen. Werden andere Vorschläge gemacht?

Abstimmung

Christine Schuhwerk wird einstimmig bei Enthaltung der eigenen Stimme als Präsidentin der vorberatenden Kommission gewählt.

4. Stadt Arbon, Budget 2021

Präsident Lukas Auer, CVP/EVP: Zu diesem Traktandum möchte ich speziell Mischa Vonlanthen und Bernhard Egli von der Finanzverwaltung begrüßen. Sie werden verdankenswerterweise Änderungen aus der heutigen Sitzung aufnehmen. Am Schluss der Beratung werden uns nach einer kurzen Pause die aktuellen Ergebnisse direkt vorliegen. Speziell möchte ich erwähnen, für Mischa Vonlanthen ist dies heute das letzte Budget, da er die Stadt verlässt. Ich wünsche ihm hier schon alles Gute für den neuen Weg.

Die Botschaft des Stadtrats für das Budget 2021 liegt Ihnen vor. Die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission hat das Budget 2021 vorberaten. Der Kommissionsbericht und die Anträge der FGK liegen Ihnen ebenfalls vor. Bevor wir in die Beratung einsteigen, möchte ich Ihnen das Vorgehen erläutern.

Zuerst erfolgt das Eintreten, dies ist obligatorisch. In der Detailberatung werden wir den weissen Teil der Botschaft, den Kommentar des Stadtrats, kapitelweise durchgehen. Dazu können Fragen gestellt werden.

Die Erfolgsrechnung werden wir mit dem gelben Teil behandeln. Ich werde jeweils die Seite und Funktion nennen. In der Erfolgsrechnung können Anträge gestellt werden. Anträge sind gemäss Art. 41 Abs. 2 des Geschäftsreglements schriftlich einzureichen. Wenn Sie den Antrag formulieren, bitte ich Sie, jeweils die Kontonummer zu nennen. Liegt ein Antrag der FGK vor, hat jeweils der Präsident der FGK das Wort. Gibt es keine weitere Wortmeldung und bleibt dieser Antrag unbestritten, gilt der FGK-Antrag als genehmigt. Wird der Antrag der FGK vom Stadtrat oder von einem Parlamentsmitglied bestritten, wird über den Antrag abgestimmt. Liegt ein Antrag der FGK vor und wird von einem Parlamentsmitglied ein zweiter Antrag gestellt, werden wir gemäss Art. 52 des Geschäftsreglements zuerst die Änderungsanträge, daher den Antrag der FGK und die Anträge der Parlamentsmitglieder einander gegenüberstellen. Danach wird der obsiegende Antrag dem Hauptantrag des Stadtrats gegenübergestellt und darüber abgestimmt. Liegt ein einzelner Antrag eines Parlamentsmitglieds vor, werden wir über diesen abstimmen. Bei mehreren Anträgen werden wir gleich verfahren und diese einander gegenüberstellen. Den obsiegenden Antrag werden wir wiederum dem Antrag des Stadtrats gegenüberstellen.

Nach der laufenden Rechnung werden wir mit der Beratung des Investitionsplans (blauer Teil) weiterfahren.

Zum Finanzplan (rosa Teil) können im Anschluss wiederum Fragen gestellt werden.

Cyrrill Stadler, FDP/XMV, Präsident FGK: Den Kolleginnen und Kollegen vom Parlament unterstelle ich, dass sie das Eintreten im Bericht der FGK gelesen haben und ich verzichte auf ein Vortragen des Texts an dieser Stelle. Ich möchte die Gelegenheit aber benutzen, auf einige Punkte im Bericht speziell hinzuweisen.

Sowohl für den Stadtrat, die Verwaltung wie auch für die FGK war der vorgezogene Budgetprozess eine neue Erfahrung. Bewusst haben wir im Frühjahr die Termine so gelegt, dass auf diese nun etwas später angesetzte Parlamentssitzung im September das Budget anstelle der Dezembersitzung behandelt werden kann. Wir haben von einigen Parlamentarierinnen und Parlamentariern die Rückmeldung erhalten, es sei eine kurze Vorbereitung auf die Parlamentssitzung, wenn der Bericht, wie dies der Fall war, erst am 18. September vorliegt. Diese Terminplanung haben wir in Absprache mit dem Stadtrat schon vor den Sommerferien getroffen.

Die Zeit zwischen dem Vorliegen der Unterlagen für die FGK und dem Versand des Berichts war sehr knapp. Wir haben diese Zeit aber genutzt und wir haben sie auch gebraucht. Für kommende Jahre können wir uns einerseits durch die Sitzungsplanung des Stadtparlaments und noch engere Sitzungsplanung mit der FGK noch kleinere Optimierungen vorstellen. Noch besser wäre aber eine Diskussion über eine Anpassung der Gemeindeordnung. Diese Anpassung soll aber wohl überlegt und mit genügend Vorlauf geschehen. Die Gemeindeordnung ist aus unserer Sicht eine zu wichtige Basis, um diese operativen Themen unterzuordnen. Als FGK werden wir bei einer Revision der Gemeindeordnung bereit sein, diese Themen einzubringen. Die Liste von möglichen Ergänzungen und Änderungen ist mittlerweile schon so gross und es wäre sicher wünschenswert, das Thema anzupacken.

Wie Sie aus dem Bericht entnehmen können, war die FGK der Meinung, dass die Begründung von 1 % individueller Lohnerhöhungen mit der Corona-Krise nicht gut ist. Auf Nachfrage der FGK hat der Stadtrat aber eine umfangreiche und für die FGK plausible Erklärung für diese individuellen Lohnanpassungen geliefert. Die FGK stützt den Stadtrat bei diesem Anliegen. Es wäre vermessen, von einem Budgetposten zu sprechen, die Mitarbeitenden der Stadt sind für eine funktionierende Stadt ein zu wichtiger Faktor. Mit dieser individuellen Lohnerhöhung um 1 % erscheint es, dass der Stadtrat die Mittel in der Hand hat, ausserordentliche Leistungen zu honorieren. Es steht aber auch dem Stadtrat zu, diese Mittel nicht flächendeckend im Sinn einer Giesskanne zu verwenden. Wie in jedem Betrieb gibt es auch in der Stadt Mitarbeitende, die sich ganz speziell für eine gute Entwicklung eingesetzt haben und das soll honoriert werden können.

Die Begründung COVID-Krise in der Botschaft für verschiedene Budgetüberschreitungen hat die FGK kritisch hinterfragt und jeweils darauf hingewiesen, wenn es auch noch andere Faktoren gegeben hat, wenn eine Abweichung aufgetreten ist.

Die Aufteilung des Ressorts Sport, Freizeit, Liegenschaften und Bau und Umwelt ist im Budgetprozess noch nicht optimal. Auf das Budget 2022 hat der Stadtrat hier Verbesserungen angekündigt. Die FGK regt an, dass die Durchlaufzeit bei den Baugesuchen im Bereich Bau und Umwelt künftig systematisch erfasst wird, dies insbesondere deshalb, weil die Besoldungskosten im Ressort Bau und Umwelt reduziert wurden und wir sicherstellen möchten, dass den Gesuchstellern trotz Reduktion noch ein guter Service geboten wird.

Die Arbeit der FGK war intensiv, aber auch zeitweilen kameradschaftlich und unterhaltsam. Es macht Freude, eine so motivierte Kommission zu präsidieren. Dafür danke ich meinen Kolleginnen und Kollegen in der Kommission ganz herzlich. Wir haben nicht ganz alle Tippfehler aus dem Kommissionsbericht bereinigen können, so wurden aus den Stakeholdern plötzlich fleischfressende Steakholder, beim Vorbereiten dieser Eintretensdebatte konnte ich mich also über diesen Tippfehler köstlich amüsieren. Und ich hoffe, Sie können sich mir anschliessen. Der Dank für die Zusammenarbeit gilt aber auch dem Stadtrat und der Verwaltung. Ein besonderer Dank – und dieser leider zum letzten Mal – geht an Mischa Vonlanthen. Wir überreichen ihm hier zum Abschied zwei Flaschen Rotschwarz für rote und schwarze Budgets, die er in den letzten 12 Jahren mit uns bearbeitet hat. Und versüssen wir ihm doch diesen Abschied noch mit einem herzlichen Applaus.

Das Eintreten ist obligatorisch. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und möchte es nicht unterlassen, die Anträge der FGK noch vorzulesen.

1. Der Steuerfuss für das Jahr 2021 sei bei 76 % zu belassen.
2. Das Budget 2021 mit der Erfolgsrechnung mit einem Ertragsüberschuss von CHF 48'900 nach den Beratungen der FGK sei zu genehmigen.
3. Der Investitionsplan 2021 mit Nettoinvestitionen von CHF 4'377'000 sei zu genehmigen.

Rudolf Daepp, SVP: Wir danken dem Stadtrat und der Verwaltung und meinen FGK-Kolleginnen und Kollegen für die grosse Herausforderung, die vorgezogenen Budgettermine einzuhalten, damit wir das Budget heute diskutieren und verabschieden können. Erfreulicherweise kommt das

Budget 2021 moderat daher, was wir sehr begrüssen. Trotzdem haben wir einige Anmerkungen dazu.

Wegen der Corona-Pandemie haben viele Privatpersonen und Betriebe gelitten und man kann sagen, dass doch mindestens im Durchschnitt zwei bis drei Monate Umsatz fehlen. Wir haben Bedenken vor den Auswirkungen, die nicht abzuschätzen sind. Aufgrund der Gesamtsituation stellt sich die SVP die Frage, wie bei der sinkenden Tendenz (Rechnung 2019 CHF 4.3 Mio. Ertragsüberschuss, Budget 2020 CHF 125'400, Hochrechnung 2020 CHF 2 Mio. Ertragsüberschuss, Budget 2021 CHF 11'900 Ertragsüberschuss) entgegengewirkt werden kann. Welche Massnahmen sind zukünftig geplant, um dies zu brechen?

Der Kanton Thurgau sieht für 2021 keine allgemeinen und individuellen Lohnerhöhungen vor. Da die Stadt Arbon vom Kanton massiv finanziell unterstützt wird, scheinen uns Lohnerhöhungen fehl am Platz. Wir schätzen aber den grossen Einsatz aller Mitarbeitenden der Stadt, hoffen aber in dieser schwierigen Situation auf Verständnis. Beim Securitas-Dienst sehen wir ein effizienteres Vorgehen beim Littering, sprich konsequentes Durchgreifen. Da wir vom Finanzausgleich profitieren, müssen wir weiterhin konsequent Sparmassnahmen prüfen und umsetzen und/oder möglichst viele städtische Betriebe in die Gewinnzone bringen, zum Beispiel Camping und Hafen usw. Bei der Tagesschule sollte die Tarifikostenbeteiligung der Eltern überprüft werden in Richtung einer höheren Kostendeckung.

Die positiven Meldungen über Arbon haben in diesem Jahr zugenommen, was uns sehr freut. Man spürt vom neuen Stadtrat Transparenz und Vertrauensaufbau. Auch die zahlreichen öffentlichen Orientierungen tragen viel dazu bei, die Notwendigkeit und die Kosten zu verstehen. Die SVP-Fraktion ist für Eintreten.

Michael Hug, CVP/EVP: Die CVP/EVP-Fraktion hat sich intensiv mit dem vorgelegten Budget auseinandergesetzt und kommt zu einer einheitlichen Meinung. Ein Budget, das sich durch eine schwarze Null auszeichnet, ist nicht per se einfach gut, jedoch in diesem sehr speziellen Jahr mit seinen kaum zu prognostizierenden Finanzverläufen ist es als Erfolg zu bezeichnen. Die Rechnung 2020 wird voraussichtlich mit einem Gewinn von CHF 2 Mio. abschliessen. Das wird vor allem den hohen Grundstückgewinnsteuern und dem aktuellen Stadtrat zu verdanken sein. Dieser positive Trend hätte sich fortgesetzt, wäre nicht die Pandemie dazwischengekommen. Die gute Kostenentwicklung half der Stadt Arbon entgegen den umliegenden Gemeinden, welche mehrheitlich rote Zahlen in der Prognose für das kommende Jahr haben, ein ausgeglichenes Budget zu präsentieren. Arbon traut sich das zu und das finden wir gut so. Die CVP/EVP-Fraktion bedankt sich beim Stadtrat für diese plausible Budgetierung. Der Budgetprozess musste sehr früh gestartet werden, die zugrunde gelegten Hochrechnungen waren demzufolge auch nicht zwingend abschliessend aussagekräftig. Die FGK hatte auch sehr wenig Zeit zwischen den Sitzungen, sich vertieft einzuarbeiten. Das Parlament wurde auch sehr knapp mit dem Bericht beliefert. Alles in allem ist das eine unbefriedigende Situation. Entweder wir arrangieren uns mit der Zeitschiene und optimieren noch im Detail oder wir ändern die Gemeindeordnung, sodass wir alle mehr Zeit in diesem Budgetprozess erhalten. Die Antwortqualität der Fragen ist besser geworden. Dadurch gab es weniger Diskussionen. Auch an dieser Stelle vielen Dank an die Abteilungsleitungen für die sehr schnell gelieferten Antworten und die tatkräftige Unterstützung, insbesondere – leider zum letzten Mal – durch Mischa Vonlanthen.

Die vielen kleinen Schrauben, die wir jeweils drehen können, werden im Endeffekt von den grossen verschlungen. So sind die Steuereinnahmen und die Sozialausgaben natürlich auch in dieser Situation die absolut matchentscheidenden Faktoren, die jedoch auch am unberechenbarsten sind. Wir sehen im Bereich der touristischen Infrastrukturen Camping, Hafen und Schwimmbad weiterhin Potenziale. Auch glauben wir aufgrund der anhaltend sehr hohen Zahl der Baugesuche an eine eventuell weiterhin überdurchschnittliche Grundstückgewinnsteuer. Nachdenklich stimmen uns die weiter ansteigenden Kosten im Bereich der Gesundheit. Die Investitionen sind mit CHF 4.4 Mio. in einem gesunden Verhältnis und lassen für die Zukunft wieder mehr Platz für neue Investitionen, die Arbon weiterbringen werden. Alles in allem sind wir

mit der Budgetierung einverstanden und hoffen, dass dies auch in dieser Art so eintreffen wird. Die CVP/EVP-Fraktion ist für das Eintreten.

Lukas Graf, SP/Grüne: Im Namen der Fraktion SP/Grüne danke ich dem Stadtrat für das sorgfältig erstellte Budget 2021, das trotz der aktuellen Krise noch einen geringen Ertragsüberschuss vorsieht. Danken möchte ich auch der FGK für ihre Flexibilität und insbesondere Cyrill Stadler für den aussagekräftigen Bericht, der dieses Jahr in Rekordzeit fertiggestellt werden musste. Wie immer haben Veränderungen bei den Steuereinnahmen auf der Ertragsseite und die Sozialhilfeausgaben auf der Aufwandseite die grössten Auswirkungen auf das Budget. Und noch mehr als sonst sind diese beiden Parameter schwer zu prognostizieren. Die Fraktion SP/Grüne ist aber der Ansicht, dass diese Werte auf Basis der Hochrechnung sowie der vergangenen Jahre vorsichtig genug budgetiert worden sind. Was die gesetzliche wirtschaftliche Hilfe betrifft, so werden Auswirkungen der COVID-Krise wohl erst mit einer gewissen Verzögerung zu spüren sein.

Bezüglich der Beitragsstruktur der Tagesschule kann sich unsere Fraktion weitgehend der FGK anschliessen. Es darf wirklich nicht sein, dass nicht einmal die höchsten Beiträge die effektiven Kosten decken. Wir sind allerdings der Meinung, dass die höchsten Einkommen durchaus auch einen kleinen Beitrag zur Deckung des Defizits und nicht nur der Vollkosten leisten sollten. Die Tagesschule hat für viele Familien aller Einkommensschichten einen grossen Wert und wir begrüssen es, dass die Primarschule dieses Angebot ausgebaut hat.

Erstaunt haben uns die hohen Kosten von CHF 120'000 jährlich für den Bus durch die Altstadt. Es ist doch sehr verwunderlich, dass dies nur ein Drittel der Mehrkosten sein soll für eine Linie, die eine Wartezeit überbrückt. Wir bitten den Stadtrat, alles daran zu setzen, dass die angedachte Lösung mit einem kleineren, selbstfahrenden Bus sobald wie möglich umgesetzt werden kann. Dasselbe gilt für den Hafendamm und die Altstadt. Dass für mindestens drei Jahre nur geplant, aber noch nichts gebaut werden soll, ist für uns enttäuschend.

Auffallend ist, dass das Kappeli fast in jedem Budget thematisiert wird. Die aktuelle Nutzung dieser Liegenschaft vermag einfach nicht zu überzeugen. Hier möchten wir den Stadtrat ermutigen, einen Entscheid zu fällen, was das Kappeli in Zukunft darstellen soll. Im Moment steht weder der Raum selbst mit den Fresken im Fokus, noch kann er richtig für Anlässe genutzt werden.

Die Fraktion SP/Grüne wird alle Anträge der FGK unterstützen. Hinsichtlich der Kontrolle Aussenanlage durch Dritte vermissen wir eine klare Strategie des Stadtrats. Der Schwerpunkt müsste unserer Ansicht nach beim Littering und bei der Kontrolle von Hotspots im Freien liegen. Stattdessen setzt der Stadtrat den Fokus auf einzelne Gastronomiebetriebe und möchte dort die Securitas sogar zur Überprüfung von Lokalgrössen und Geruchsemissionen einsetzen. Unserer Ansicht nach fehlt bei diesem Dossier eine klare Aufgaben- und Kompetenzenregelung sowie eine Abgrenzung zu den Aufgaben der Polizei und der Stadtverwaltung. Für das Littering und das Lärmproblem könnte es allenfalls auch sinnvoller sein, Spezialisten aus dem Bereich Jugendarbeit einzusetzen als Securitas-Patrouillen. Zusätzlich zu den FGK-Anträgen werden wir in der Detailberatung beim Beitrag für den Thurgau Tourismus noch eine moderate Budgetkorrektur beantragen und uns zu einzelnen Punkten äussern, unter anderem auch zur budgetierten individuellen Lohnerhöhung von 1 %, die wir unterstützen werden.

Stadtpräsident Dominik Diezi, CVP: Ich bedanke mich für die wohlwollende Aufnahme des Budgets. Speziell bedanken möchte ich mich bei der FGK und noch spezieller beim Präsidenten Cyrill Stadler für die sehr gute Zusammenarbeit und vor allem natürlich für den Spezialeffort – wir haben es gehört –, der notwendig war, weil der Terminplan dieses Jahr doch viel straffer ausfallen musste. Der Qualität der Arbeit hat das nicht geschadet. Aus meiner Sicht ganz im Gegenteil. Ein spezieller Dank natürlich auch meinerseits an Mischa Vonlanthen, eben auch für die Dienste in den letzten 12 Jahren. Wir werden auch noch Gelegenheit haben, das gebührend zu würdigen.

Budgetieren ist immer mit Prognosen verbunden, das liegt in der Natur der Sache und ist daher nie eine ganz leichte Sache. Aber für 2021 gleicht das Budgetieren wirklich einem Fahren auf Sicht. Die Gründe dafür sind bekannt. Wie sich die Steuereinnahmen einerseits und die Ausgaben für die Sozialhilfe andererseits genau entwickeln werden, ist derzeit noch kaum absehbar. Wir haben versucht, auf der vorsichtigen Seite zu bleiben, ohne in übertriebenen Pessimismus zu verfallen. Unter diesen Bedingungen war es nicht ganz einfach, ein ausgeglichenes Budget vorzulegen. Das war nur möglich mit einer rigorosen Kostenkontrolle. Und ich meine, das sei einigermaßen geglückt. Der Personalaufwand wächst kaum und der Sachaufwand nur sehr wenig. Zudem konnten wir uns in den letzten zwei Jahren einen kleinen Spielraum erarbeiten, den wir nun zur Abfederung der Corona-Krise verwenden können. Grösster Kostentreiber neben den mutmasslich steigenden Sozialhilfekosten sind nach wie vor die Gesundheitskosten, und hier erscheint das voraussichtliche Wachstum leider abgesichert. Ich bedanke mich für das Eintreten auf das Budget und freue mich auf die Detailberatung.

Eintreten ist obligatorisch.

Erfolgsrechnung

0110 Legislative

Pascal Ackermann, SVP: Mein Streichungsantrag gilt für alle folgenden Konten 3010 Besoldungen sowie alle daraus folgenden Konten wie zum Beispiel 3050.00 Arbeitgeberbeiträge Sozialversicherungen. Dies gilt für alle Bereiche. Ich stelle den Antrag deshalb hier unter Legislative, da es für alle folgenden Konten gilt.

Ich beantrage dem Parlament die Streichung der 1%igen individuellen Lohnerhöhung im Budget 2021. An dieser Stelle möchte ich erwähnen, dass es für die Zukunft aus meiner Sicht sinnvoll wäre, in der Botschaft nicht nur zu erwähnen, wie viel Prozent die Lohnerhöhung beträgt, sondern dies auch als Frankenbetrag auszuweisen mit allen betroffenen Konten sowie Unterkonten wie zum Beispiel die Sozialversicherungsbeiträge.

Der Kanton Thurgau hat es bereits vorgemacht und in der Corona-Krise den richtigen Weg beschritten und verzichtet auf eine generelle sowie eine individuelle Lohnerhöhung. Diesen Weg sollte die Stadt Arbon ebenfalls gehen. Was ist denn das für ein Signal an den Kanton, wenn wir vom Kanton einerseits viel Geld aus dem Finanzausgleich erhalten, gleichzeitig unsere Löhne erhöhen und der Kanton auf eine Lohnerhöhung verzichtet? Ein Verzicht auf die Lohnerhöhung wäre das richtige Signal an die Wirtschaft und die Bevölkerung. Es wäre ein Zeichen der Solidarität. Viele Menschen bangen aktuell um ihre Anstellung. Kaum jemand kann in der Privatwirtschaft wohl dieses Jahr mit einer Lohnerhöhung rechnen. Da wäre es ja wohl verkehrt, wenn die Stadt Arbon gleichzeitig die Löhne erhöht, wenn auch nur individuell und nicht generell. Ich finde es schade, dass dieses via einen Antrag in der Parlamentsdebatte gemacht werden muss und der Stadtrat nicht von sich aus den Mut hatte, auf eine Lohnerhöhung zu verzichten. Dies soll aber nicht ein Ausdruck mangelnder Wertschätzung für die Angestellten der Stadtverwaltung sein. Im Gegenteil, diese machen sicherlich einen guten Job. Ich hoffe hier aber auch auf das Verständnis der Angestellten der Stadt Arbon, dass es in diesem Jahr auf eine Lohnerhöhung verzichtet. Besten Dank für die Unterstützung meines Antrags.

Daniel Bachofen, SP/Grüne: Es ist verständlich, dass man die Personalkosten der Stadt in unsicheren Zeiten wie unter dem Eindruck von Corona besonders genau unter die Lupe nimmt. Auch die FGK hat dies bereits getan. Sie ist wie die Fraktion SP/Grüne zum Schluss gekommen, dass es sich bei der geplanten individuellen Lohnerhöhung um ein berechtigtes und ein massvolles Anliegen handelt. Wieso kommen wir zu dieser Entscheidung? Einerseits hat Arbon finanziell zwei gute Jahre hinter sich. Insgesamt haben die Rechnungen mit CHF 9 Mio. im Plus abgeschlossen, auch die Hochrechnung 2020 sieht gut aus und das Budget, das wir vorliegen haben, sieht ebenfalls eine schwarze Null voraus. Ich möchte Sie daran erinnern, dass zu diesen guten Resultaten nicht zuletzt auch die Mitarbeiter der Verwaltung beigetragen haben. Auf der

anderen Seite haben die Personalkosten seit 2015 in jeder Rechnung abgenommen. Insgesamt über die letzten vier Rechnungen um rund 5 %, das heisst mehr als 1 % pro Jahr. 2016, also in der gleichen Periode, wurde zudem die Arbeitszeit um 1 Stunde erhöht. Die Arbeitslast der Stadtverwaltung hingegen hat vermutlich eher zugenommen. Arbons Bevölkerung ist zum Beispiel gewachsen. Und auch die Bauverwaltung, dies kann man ebenfalls im Bericht der FGK nachlesen, hat alle Hände voll zu tun. Die Fraktion SP/Grüne ist deshalb mit dem Stadtrat der Meinung, dass es nach voraussichtlich drei erfolgreichen Jahren angebracht ist, den Mitarbeitenden der Stadt auch auf finanzieller Ebene ein Stück Wertschätzung entgegenzubringen. Zudem handelt es sich bei dieser Summe um individuelle Lohnerhöhungen, die jenen Mitarbeitenden zugutekommen, die sich besonders ausgezeichnet haben. Gerade diese Mitarbeiter brauchen wir in Arbon besonders, damit wir auch in Zukunft positive Resultate liefern können. Wir bitten Sie deshalb, den Antrag der SVP abzulehnen. Besten Dank.

Cyrrill Stadler, FDP/XMV, Präsident FGK: Wir haben diesen Punkt in der FGK intensiv diskutiert. Und Sie können mir glauben, als Finanzchef und Miteigentümer verschiedener Unternehmungen im KMU-Bereich kann ich mitleiden, wie die Lohnsituation im Moment in der Wirtschaft ist. Wir haben uns vor allem gestört an der Begründung in der Botschaft, dass diese Lohnerhöhungen aufgrund der COVID-Krise nun nötig seien, weil es die Mitarbeiter besonders garstig gehabt hätten. Diese Begründung hat der Stadtrat aber nach der Frage der FGK korrigiert und ergänzt. Wir konnten die Argumente, wie sie Daniel Bachofen vorgetragen hat, hören. Die Stadtverwaltung musste auch aufgrund von Streichungsanträgen aus der FGK immer wieder Lohnrückstufungen in Kauf nehmen. In der Situation, wie wir jetzt dastehen, sind wir in der FGK zum Schluss gekommen, dass wir dieser Lohnerhöhung auf individueller Basis mit gutem Gewissen zustimmen können, und ich bitte Sie, der Entscheidung der FGK zu folgen und diesen Antrag der SVP abzulehnen. Besten Dank.

Jakob Auer, SP/Grüne: Ich habe mich gefragt, was der Antrag der SVP soll, auch wenn man nachher ein Komma setzt und sagt, sie haben ja gut gearbeitet. Für mich ist der Antrag der SVP ein Affront gegenüber den Mitarbeitern der Stadt Arbon. Ich habe mir einzelne Fragen gestellt, wie sich die SVP dies möglicherweise auch gemacht hat und ich stelle die Fragen euch, ihr könnt sie selber beantworten. Ich sage euch am Schluss meine Meinung.

Ich frage mich: Was bezwecken Sie mit diesem Antrag? Bestrafen Sie die Mitarbeiter für schlechte Arbeiten? Wollen Sie den Rückstand der Teuerung aufholen? Wer von euch hier weiss überhaupt, was im Warenkorb ist? Haben die Mitarbeiter ihre Arbeit nicht gemacht? Reden wir hier von Hochlöhnern? Haben sie nicht mitgeholfen, gute Ergebnisse zu erreichen? Wer weiss es von euch? Wer hat Ziele von Mitarbeitern gesehen? Wer weiss, dass diese nicht erreicht worden sind? Sind die Mitarbeiter der Stadt Arbon schuld an der jetzigen Situation der wirtschaftlichen Lage? Ist es nicht im Sinn der Sache, Gewinn wieder im Unternehmen zu investieren? Was ist das höchste Gut in einem Unternehmen und in der Stadt oder im Kanton? Die Mitarbeiterin, der Mitarbeiter, der Mensch. Und da, meine lieben Kollegen SVP, da wollt ihr nicht investieren. Daher ist der Antrag eurerseits natürlich abzulehnen. Ich gebe euch einen Rat auf den Weg. All diejenigen, die den Antrag von euch unterstützen, ist es besser, im Glauben zu lassen, er hätte heute Abend gewonnen, bis er irgendwann selbst merkt, dass er bei diesem Gewinn sehr viel verloren hat.

Ulrich Nägeli, SVP: Zur Besoldung: Es geht erneut darum, unseren Bürgern eine Botschaft zu senden. Sicher haben viele Mitarbeiter eine bessere Besoldung verdient, der Einsatz war wirklich hervorragend. Aber wir leben alle mit dieser Herausforderung. Auch wir sind getroffen. Wir stehen vor einer Wirtschaftskrise grösseren Ausmasses, dessen Ende wir noch nicht kennen. Viele von hier haben noch nicht realisiert, was auf uns zukommt oder kommen kann. Tausende von Mitarbeitern verlieren ihren Job, eventuell werden noch Tausende folgen. Diese sind verunsichert. Wir sind auch verunsichert. Darum steht es uns schlecht an, wenn wir genau diesen Personen eine Lohnerhöhung zugestehen, obwohl sie wahrscheinlich verdient ist, die eigentlich die sichersten Arbeitsplätze in der Schweiz haben. Sie werden diese nicht verlieren, andere Jobs sind gefährdet. Darum ist es wichtig, dass wir Vorkehrungen treffen in dieser Angelegenheit für

eine eventuell sich verschlechternde Situation. Das COVID-Virus verändert vieles, auch das Budget. Es ist so, viele Branchen profitieren von dieser Krise, denen läuft es hervorragend. Für diese Personen müssen wir uns nicht sorgen. Andere Branchen laufen mehr oder weniger stabil, wiederum andere geraten voll in die Krise. Unsere Aufgabe in diesem Parlament ist es wie schon erwähnt, die richtigen Vorkehrungen und Entscheidungen zu treffen. Mutige und eben einmal auch unbequeme. Darum sind wir zurzeit für keine Anhebung der Besoldung. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Bill Mistura, SVP: Individuelle Lohnerhöhungen: Ich bin ein Verfechter von dem und zwar, dass man das gezielt einsetzt für Leistungsträger. Ich komme wie Cyrill Stadler ebenfalls aus der Wirtschaft. Nun, die Ausgangslage ist aber eine andere. Die Ausgangslage ist, dass wir im Krisenmodus sind. Wir werden in Arbon – Sie können sich dann an mich wenden – in einigen Monaten Hunderte von weiteren Arbeitslosen haben. Stellen Sie sich mal vor, was die Personen sich denken müssen, wenn man hier jetzt über Lohnerhöhungen spricht. Wenn man die Lohnerhöhungen quantifiziert, dann sprechen wir von CHF 54'900. Das scheint ja per se wenig Geld, wie es vom Stadtpräsidenten auch gesagt wurde. Wenn man aber die Zahlen und die Lohnsumme über die letzten Jahre, wie es von Daniel Bachofen gesagt wurde, genauer anschaut, muss ich dich korrigieren und dich bitten, die Zahlen nochmals anzuschauen. Die Lohnsumme war 2019 CHF 11.2 Mio. und steigt jetzt im Budget 2020 auf CHF 11.7 Mio. Im Vergleich zu diesem Jahr – wir wissen noch nicht genau, wie es herauskommt – wäre das eine Steigerung von rund CHF 500'000.-. Dies entspricht einer Erhöhung der Lohnsumme von rund 4.5%. Geschätzte Damen und Herren, überlegen Sie sich unseren Antrag nochmals. Ich bin überzeugt, die Bevölkerung versteht es nicht, wenn man jetzt Lohnerhöhungen durchwinkt. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Pascal Ackermann, SVP: Ich möchte nur noch kurz auf zwei, drei Punkte zu sprechen kommen, die jetzt in der Debatte vorgetragen wurden. Ja, wir hatten finanziell zwei gute Jahre, aber das war ziemlich unvorhergesehen und wir sind noch lange nicht aus dem Schneider. Nur weil wir zwei gute Jahre hatten, heisst das nicht, dass wir jetzt einfach das Geld wieder frei ausgeben können. Zum Beispiel im Budget 2019 hatten wir auch schon eine Lohnerhöhung. Da war es 0.5 % individuell und generell. Was für mich noch hinzukommt und was ich bedenklich finde, ist der Argumentswechsel des Stadtrats. Erst war es COVID-19 als Argumentation und als dann nachgefragt wurde, war es auf einmal eine ganz andere Begründung. Es war wegen der guten Leistungen in den letzten Jahren.

Und noch kurz zum Punkt bezüglich Bestrafung der Mitarbeitenden: Da muss ich schon widersprechen. Eine Bestrafung wäre eine Lohnkürzung, nicht ein Einfrieren des Lohns auf dem aktuellen Stand, nicht ein Belassen, so wie es jetzt ist. Besten Dank.

Jakob Auer, SP/Grüne: Zum einen freut es mich, dass nach dem Verlust von Mike Shiva zwei neue Glaskugelleser da sind von der SVP-Fraktion, die eine ausführliche Wirtschaftsvoraussetzung machen können. Das ist mir klar, als Gewerkschaftspräsident von sieben Kantonen kenne ich die Situation sicher auch. Aber überlegen Sie mal, wenn jetzt tatsächlich, wie Bill Mistura sagt, Hunderte von Arbeitsplätzen abgebaut werden, wer hat dann mehr Arbeit? Das Arbeitsamt, der Sozialdienst und die Stadt Arbon. Dann bekommen diese Mitarbeiter mehr Arbeit. Sollen wir sie jetzt – ich sage es nochmals – bestrafen für die Leistungen, die sie bis jetzt gezeigt haben, indem wir ihnen diese individuelle Lohnerhöhung verbieten?

Stadtpräsident Dominik Diezi, CVP: Selbstverständlich ist es mehr als legitim in diesen Zeiten, die Frage nach der Berechtigung einer Lohnerhöhung für das Personal zu stellen. Auch wir haben mit dieser Frage gerungen und vor allem haben wir gerungen mit unserer Personalkommission. Was wir Ihnen hier jetzt unterbreiten, stellt einen Kompromiss dar. Die Personalkommission wollte ursprünglich vor allem eine generelle Lohnerhöhung. Doch da haben wir gesagt, das ist in diesen Zeiten wirklich nicht zu vermitteln. Hingegen stehen wir nach wie vor zu diesem Kompromiss, 1 % der Lohnsumme für individuelle Lohnerhöhungen zur Verfügung zu stellen. Das heisst ja nicht, dass nachher alle Mitarbeiter auch wirklich 1 % mehr Lohn bekommen, aber es soll den

Abteilungsleitern möglich sein, die Leistungen von Mitarbeitern, die gut arbeiten, die einen wesentlichen Beitrag geleistet haben, dass wir jetzt bereits das dritte gute Jahr erleben, eben auch entsprechend honorieren zu können. Dies bei einem Budget, das eine schwarze Null vorsieht. Und das ist auch ein grosser Unterschied zur Situation beim Kanton, der ja jetzt ein Budget mit einem Defizit von CHF 25 Mio. vorlegt. Schon ein bisschen eine andere Ausgangslage. Also der Stadtrat steht nach wie vor hinter diesem Kompromiss, den wir hier mit den Personalvertretern gefunden haben und er ermuntert Sie, diesen mitzutragen. Vielen Dank.

Abstimmung

Der Antrag der SVP auf Streichung der individuellen Lohnerhöhung von 1 % wird mit 5 Ja gegen 22 Nein bei 1 Enthaltung abgelehnt.

1110 Polizei

Cyrril Stadler, FDP/XMV, Präsident FGK: Die FGK war über diesen Erhöhungsantrag, und wenn man das Budget des letzten Jahres anschaut, ist es tatsächlich ein Erhöhungsantrag, etwas erstaunt. Wir haben dann nachgefragt, warum diese Erhöhung zustande kommt und haben die Ihnen bekannte Antwort, wie sie auf S. 12 im FGK-Bericht abgedruckt ist, erhalten. Das Erstaunliche daran ist, dass wir CHF 40'000 Rückvergütungen von Aussengemeinden erhalten, dass sich der effektive Budgetbetrag 2020 also um die CHF 30'000 bewegt hat. Wenn wir jetzt um CHF 30'000 erhöhen, ist das eigentlich eine Verdoppelung. Hinzu kam, dass die Begründung der Erhöhung mit den zusätzlichen Securitasdiensten für die Gastrobetriebe, insbesondere für die Kontrolle der Patente mit Auflagenkontrollen wie Öffnungszeiten, Ruhebestimmungen, Lokalgrösse, Geruchsemissionen etc. aus der Sicht der FGK nicht unter das Regime von Securitas fallen. In diesem Sinn empfehlen wir Ihnen die Ablehnung dieser Erhöhung auf CHF 100'000 und beantragen, den Betrag von CHF 70'000, wie er im Budget 2020 stand, stehen zu lassen.

Stadtrat Luzi Schmid, CVP: Bei diesem Antrag geht es um Gelder für regelmässige Kontrollen von Gastronomiebetrieben punkto Öffnungszeiten, nicht selten aber für Lärm und Emissionen oder Geruchsemissionen und die Einhaltung von Bewilligungsaufgaben, dann natürlich um Littering, also das Zurücklassen von Abfällen und um Nachtruhestörungen auf öffentlichen Plätzen und Strassen und weiter noch Abstellen von zum Beispiel Wohnmobilen. Es fällt vieles darunter. Ich komme dann noch auf die Aussagen der FGK zurück.

Was hier die FGK beantragt oder besser wieder streichen will, ist unmissverständlich eine Kürzung von bestehenden und begründeten Vollzugsmassnahmen und Kontrollvorgängen. Die Stadt Arbon hat von Gesetzes wegen diese Aufgaben zu erfüllen. Wir sind dazu verpflichtet, also sprechen wir von gebundenen Ausgaben, die so auszuführen sind. Gerade bei der Gastronomie wurde kritisiert, dass wir nicht zuständig sind, aber gerade bei der Gastronomie müssen wir die Zügel wieder stärker und härter in die eigenen Hände bekommen, sonst galoppieren uns die Rosse da wirklich davon. Die Stadt ist für den Vollzug in der Gastronomie verantwortlich, die Stadt ist auf unserem Gebiet für Sauberkeit verantwortlich, die Stadt ist für die Einhaltung der Ruhezeiten verantwortlich. Neu kommen jetzt noch Corona-Massnahmen hinzu, diese hat der Kanton bereits entschieden und der Stadt überbunden. Ich ersuche Sie deshalb auch im Namen des Stadtrats, diesen Streichungsantrag deutlich abzulehnen und es bei der Budgetposition, wie wir das vom Stadtrat für 2021 planen, zu belassen, also bei CHF 100'000. Es wurde bereits gesagt, dass das nicht allein von der Stadt bezahlt wird, es sind rund CHF 40'000, die die Gemeinden bezahlen, die dem Netzbetrieb angeschlossen sind.

Wir sind punkto Reglemente, also der Gesetzgebung auf dem Stadtgebiet sehr gut aufgestellt, aber was nützen uns die besten Reglemente, die besten gesetzlichen Vorgaben, wenn wir den effektiven und effizienten Vollzug nicht sicherstellen können, nicht gewähren können? Wenn die FGK schreibt, die Antworten auf diese Erhöhung seien nicht schlüssig, was Sie selber im Bericht, der aufliegt, nachlesen können, und wenn wir auch noch wissen, was an der Anhörung ausgeführt

wurde, stimmt diese Aussage nicht. Die FGK wollte einfach, was wir jetzt auch gehört haben, dass die Polizei mehr von diesen Aufgaben übernimmt, was für dieses Anliegen zurzeit schlicht nicht möglich ist. Die Kantonspolizei hat andere Prioritäten, wir werden es mit der Polizei besprechen, aber ich weiss, wenn man die Polizei ruft, geht das sehr lange, bis sie vor Ort ist. Wir müssen hier die Securitas einsetzen, wenn wir auf dem Stadtgebiet Ruhe und Ordnung haben wollen. Eine eigene Stadtpolizei aufzubauen, wäre die Alternative. Aber das muss ich nicht erklären, das wäre unverhältnismässig, das wäre viel zu teuer, das würde vielleicht mehr als eine halbe Million für Personalkosten, Ausrüstung, Fahrzeuge und Gerätschaften ausmachen. Es bleibt, diese Herausforderungen und diese Verantwortungen halt einzig über den Weg der Securitas zu lösen, auch wenn Lukas Graf gesagt hat, die Gastronomie sei nicht speziell ein Problem. Vor allem muss ich sagen, das hat sich zugespitzt. Gerade wer in der Altstadt wohnt, weiss, wie sich diese Lärmbelastungen auswirken. Und es gibt halt bei der Gastronomie immer wieder schwarze Schafe. Wenn wir da nicht strikt, rigoros und konsequent kontrollieren und sanktionieren, läuft uns das Boot hier aus dem Ruder und der Handlungsspielraum wird noch intensiver und intensiver heisst auch kostspieliger. Wehret den Anfängen! Und es genügt halt heute nicht mehr, nur mit einer einzigen Patrouille von 23 oder 24 Uhr bis 3 Uhr früh zu kontrollieren, es müssen mehrere Patrouillen eingesetzt werden und das kostet. Wir brauchen punktuell – nicht nur in der Nacht, auch am Tag – Patrouillen, die an gezielten Orten kontrollieren können. Ich lade Sie gern einmal am Montagmorgen, vor allem nach einem schönen Wochenende ein, mitzuhören, was für Reklamationen alles eingehen. Also das ist dann schon sehr happig. Aber es sind nicht nur die schönen Sommertage, die Probleme bereiten, vor allem laute Musik, Nichteinhalten von Öffnungszeiten, zu lange in der Gartenwirtschaft laut grölende Gäste gibt es leider je länger desto mehr an fast allen Wochenenden. Da muss kontrolliert werden. Nur die Securitas, ich kenne im Moment keine andere Lösung, können wir zeitlich und lokal ganz gezielt auf diese Probleme und Kontrollen ansetzen.

Im letzten Jahr ist es bei der Gastronomie zu drei Schliessungen von Betrieben gekommen, weil kontrolliert wurde und festgestellt werden konnte, dass sie sich nicht an die Öffnungszeiten, nicht an die Bewilligungen gehalten hatten. Darüber kann ich aber aus Amtsgeheimnisgründen nicht mehr sagen und auch keine weiteren Details nennen. Die Überwachung des öffentlichen Raums wird auch immer anspruchsvoller, das gehört auch zur Kontrolle, sodass auch hier an schönen Sommerabenden viel kontrolliert und sanktioniert werden muss.

Der Kanton hat den Gemeinden mit Kontrollaufträgen wegen Corona Mehrauflagen vorgelegt. Auch das wird im kommenden Jahr zwangsläufig mehr Sicherheitsaufwand verursachen.

Nicht unbedingt an erster oder vorderster Stelle sind die Busseneinnahmen beim Littering. Ich weiss, das wird bei der entsprechenden Position noch ein Thema sein, aber wir haben die Securitas angehalten, vermehrt solche Verzeigungen vorzunehmen. Das braucht aber auch wieder mehr Einsatzzeiten und die Erledigung von Rekursen in der Verwaltung braucht auch wieder mehr Personal.

Was schnell vergessen geht, ist, dass die Securitas gemäss den von mir gelesenen Rapporten immer wieder Personen, meistens Jugendliche von gesperrten Anlagen oder bei zu lauten Gelagen wegweist und kontrolliert, dass sie den Abfall auch gleich mitnehmen. Das ist nicht zu unterschätzen. Wenn das nicht wäre, wären die Abfallberge am Samstag- und Sonntagmorgen jeweils noch höher. Aber auch hier brauchen wir tags wie nachts die nötige Anzahl Sicherheitskräfte, ansonsten solche Freizeitgruppen sich auf das nächste Gelände verziehen oder abwarten, bis die Securitas weg ist und wieder am alten Ort sind. Auch hier haben wir immer wieder massive Reklamationen von geplagten Anwohnern und gestörten Passanten. Der jüngste Zeitungsartikel über die Zerstörung von fremden Velos und das Hineinwerfen ins Hafenbecken, den Sie vermutlich alle gelesen haben, muss uns doch sehr nachdenklich stimmen. Mit dieser Erhöhung der Securitasausgaben setzen wir das richtige Signal, und zwar für die vielen lärmgeplagten Anwohner und sonst Betroffenen, aber auch die richtigen Erwartungen, dass in der Arboner Gastronomie wieder Ruhe und Ordnung einkehrt und nicht mit Anwälten und langen Verwaltungsverfahren gegeneinander gekämpft werden muss, nur weil ein paar schwarze Schafe

darunter sind. Lehnen Sie den Antrag der FGK deutlich ab als Verständnis an die vielen geplagten Anwohner und als Zeichen für eine korrekte und faire Rechtsanwendung in Arbon. Besten Dank.

Abstimmung

Der Antrag der FGK wird mit 23 Ja gegen 5 Nein angenommen.

3424 Campingplatz

Cyrell Stadler, FDP/XMV, Präsident FGK: Wir haben in der FGK den Campingplatz und vor allem die Ertragsseite beim Campingplatz diskutiert. Dabei ist uns aufgefallen, dass es bei der Vermietung der Touristenplätze sehr viel grössere Erträge gibt und eine etwas geringere Ertragslage bei den Dauermietern. Wir haben dann nachgefragt, wie diese Preise sich zusammensetzen und wo sich der Campingplatz Arbon im Vergleich zu anderen Campingplätzen etwa befindet. Jörg Zimmermann hat uns das dann sehr offen beantwortet, dass die Dauermietplätze sich am unteren Rand und die Touristenplätze, wo man aktuell noch dabei ist, diese auszubauen, sich im Mittelfeld oder im guten Mittelfeld bewegen. In der FGK haben wir gesagt, im touristischen Bereich, und Arbon möchte sich ja am Bodensee auch als touristische Attraktion bereichern, sind Touristenplätze das, was wir eher suchen und die Ertragslage ist auch noch besser. Aus diesem Grund beantragt Ihnen die FGK, die Mieteinnahmen bei Dauermietern etwas zu erhöhen, nämlich auf CHF 78'000 anstelle von CHF 71'000, damit wir nicht noch die Attraktivität von Dauermietplätzen im Verhältnis zu Touristenplätzen hochhalten. Wir danken Ihnen für die Unterstützung dieses Antrags.

Linda Heller, SP/Grüne: Ich stimme dem Antrag von Cyrell Stadler zu, möchte mich aber noch äussern. Es freut mich, dass der Campingplatz Arbon sehr beliebt ist. Das 15 zusätzliche Plätze auf Kosten der Badewiese geplant sind, sehe ich kritisch und möchte darauf aufmerksam machen, dass viele Besucherinnen und Besucher des Strandbads, in erster Linie die Arboner Bevölkerung nicht erfreut sein werden. Ausserdem ist ein Campingplatz ohne freies Gelände zum Spielen und Austoben unattraktiv. Das Strandbad ist rege besucht und stellt eine gute Alternative zum Arboner Schwimmbad dar. Ich bitte Sie, die freie Wiese im Strandbad für die Allgemeinheit zu bewahren und nicht laufend scheinbarweise zu verkleinern.

Stadtrat Jörg Zimmermann, XMV: Ich empfinde die Stossrichtung der FGK völlig richtig, aber man muss berücksichtigen, dass die Dauermieter erst gerade vor nicht mal ganz zwei Jahren eine Mieterhöhung erhalten haben. Ich finde es einfach zu früh, jetzt schon wieder eine Erhöhung zu beantragen. Ich empfinde aber wirklich, wie Cyrell Stadler es schon erwähnt hat, es ist Luft nach oben, vor allem bei den Kurzeittouristen.

Zu erwähnen ist noch, die 15 zusätzlichen Stellplätze nehmen sicher ein wenig von der Wiese weg, das ist richtig, was Linda Heller erwähnt hat, aber die Fläche ist so gross und ich habe es mehrfach begutachtet, es ist vielfach so, dass die Wiese brachliegt. Es ist wirklich so, dass dort, wo wir die 15 Plätze gestalten wollen, sich niemand gestört fühlt. Das Strandbad ist immer noch sehr, sehr gross und die Attraktivität wird nur noch erhöht. Darum empfehle ich Ihnen, dem Investitionsbeitrag zuzustimmen, aber die CHF 78'000 Mieterhöhung abzulehnen.

Abstimmung

Der Antrag der FGK, die Mieteinnahmen bei den Dauermietern auf CHF 78'000 zu erhöhen, wird mit 25 Ja gegen 3 Nein angenommen.

6210 Öffentliche Verkehrsinfrastruktur

Cyrell Stadler, FDP/XMV, Präsident FGK: Hier haben wir aus der FGK zwei Anträge. Das eine betrifft das Konto 6210.3635.00 und das Konto 6210.4980.00. Wir beantragen Ihnen, den Beitrag für das Rufsameltaxi auf CHF 9'000 zu erhöhen. Die FGK hat diese Pilotphase diskutiert, die

über drei Monate zeigen soll, ob sich dieser Betrieb lohnt oder nicht. Wir erachten diese Pilotphase als zu kurz. Wir denken auch, dass dieses Angebot aber für die Nachtschwärmer von Arbon und für die Kulturinteressierten von Arbon ein gutes Angebot ist, das man unbedingt aufrechterhalten sollte und würden hier den Betrag um CHF 4'000 auf CHF 9'000 erhöhen. Also nicht eine wahnsinnige Erhöhung. Das zweite Konto, das ich erwähnt habe, ist auch gleich die Ausgleichsbuchung. Dieses Konto ist spezialfinanziert und entsprechend würde es die laufende Rechnung nicht belasten und entsprechend auch die Veränderung dieser Entnahme aus der Spezialfinanzierung von CHF 60'000 neu nun bei CHF 64'000.

Stadtpräsident Dominik Diezi, CVP: Ich habe selbstverständlich kein Problem damit, wenn ich mit dem Segen des Parlaments hier noch ein bisschen mehr Geld ausgeben darf.

7301 Abfallbeseitigung

Riquet Heller, FDP/XMV: Ich spreche im Nachfolgenden zum Sammelkonto 7301 auf den Seiten 25 und 26, das der Präsident aufgerufen hat. Und stelle zum Konto 3130.09 den ersten Antrag: Für Reklame und sonstige Aktionen zur Vermeidung von Littering, namentlich zur Aufklärung unserer Bevölkerung, dass Littering eine Übertretung ist, die mit Busse, u.a. via Ticket-System bestraft wird, sei dem Stadtrat eine zusätzliche Ausgabenposition von CHF 10'000 zu bewilligen.

Zweitens stelle ich den Antrag zum Konto 4270.00: Der Bussengesamtbetrag, der für Littering 2021 anzustreben sei, sei nicht auf CHF 1'000, sondern um CHF 9'000 höher, somit auf CHF 10'000 anzusetzen.

Meine Anträge begründe ich wie folgt: Der Antrag 1, wonach ein Betrag von CHF 10'000 für Reklame und für Aktionen im Hinblick auf Aufklärung und Schulung der Bevölkerung betreffend Unrechtsbewusstsein gesprochen werden soll: Unsere Bevölkerung weiss nicht oder nicht mehr, dass es verboten ist, was ich soeben getan habe. Die Bevölkerung merkt nicht mehr, dass wer wegwirft, ein Delikt begeht, namentlich, wenn er Plastikflaschen oder Papiersäcke oder wie ich hier eine Metallschachtel auf die Strasse stellt, ein Kanapee dort deponiert oder seine Kippe zu Boden wirft, oder wer als alte Dame ihr Taschentuch ins Gebüsch wirft. Man fühlt sich nicht einmal mehr schuldig, hat kein Unrechtsbewusstsein mehr bei solchem Tun. Niemand wird deswegen auch mehr scheel angeschaut. Anders der Automobilist. Sagen Sie ihm, seine Parkzeit sei abgelaufen, er riskiere eine Parkbusse, verlässt er sofort oder dann halt unauffällig durch die Hintertür das Lokal und bringt sein Fahrzeug in Ordnung. Er schämt sich. Nicht so der Wegwerfer von Abfall. Der antwortet Ihnen frech ins Gesicht: "Wäh, bist du von gestern?" Ich bitte den Stadtrat, hier Volksaufklärung zu betreiben und der Bevölkerung auf lustig-geeignete, aber auch sachlich-orientierende Art zu erklären, dass das Wegwerfen von Abfällen ins private oder öffentliche Gelände verboten ist und bestraft wird. Schärfen Sie bitte das Unrechtsbewusstsein. Es scheint mir kaum mehr vorhanden zu sein, wenn man Sachen wegwirft. Dazu bitte ich Sie, dem Stadtrat den alles in allem doch bescheidenen Betrag von CHF 10'000 zur Verfügung zu stellen, damit er mit entsprechenden Drucksachen, Plakaten und Aktionen dieses Bewusstsein wieder wecken kann.

Sodann der Antrag 2, nämlich die Erhöhung des Bussenbetrags, der im Jahr 2021 via Litteringbussen anzustreben ist. Dieser soll von CHF 1'000 auf CHF 10'000 erhöht werden. Mit Regelmässigkeit budgetieren wir für Litteringbussen einen Jahresgesamtbetrag von CHF 1'000, und mit Regelmässigkeit erreicht unsere Exekutive nicht einmal diesen Feigenblattbeitrag. Dabei hat der Gesetzgeber wirklich alles getan, um Littering effizient zu erfassen und zu unterdrücken. Nämlich analog wie beim Strassenverkehr mit einem Deliktektalog mit festen Bussenbeträgen. Einfacher geht's nimmer. Und wer ist zuständig dafür, dass dieser Deliktektalog angewandt wird? Die Stadt Arbon hat beim Regierungsrat des Kantons Thurgau am 10. März 2009 erwirkt, dass ihr nebst der Ahndung anderer Delikte wie zum Beispiel die Parkbussen auch der Vollzug des Ordnungsverfahrens im Abfallgesetz übertragen wird. Und was macht der Stadtrat mit dieser Kompetenz, die er sich vom Kanton erbettelt hat? Nichts oder nicht viel. Ein Gesamtbussenbetrag von CHF 1'000 entspricht nicht einmal einer Busse pro Woche. Der niedrigste Betrag des

Ticketsystems, nämlich für Taschentücher und Zigarettenstummel etc. beträgt nämlich CHF 30. In 50 Wochen sollte allein bei einer Übertretung pro Woche demzufolge bereits ein Betrag von CHF 1'500 zusammenkommen. Die Schüler des Oberstufenzentrums Rebenstrasse 25 haben in nur eineinhalb Stunden unter anderem 7661 Zigarettenstummel in Arbon gesammelt, dazu noch 99 PET- und 45 Glasflaschen. Vergleichen Sie dazu die Titelgeschichte, die im Felix publiziert wurde, nämlich die Nr. 33 vom 18. September und multiplizieren Sie diese rund 7700 Artikel, die herumgeschleudert wurden, mit dem minimalen Bussenansatz von CHF 30 und wir haben finanziell einen sehr guten Zustupf in unsere Stadtkasse. Ähnlich wie wir das bei den Automobilisten ja auch machen. Und unsere Exekutive, die sieht nichts und bringt nicht einmal CHF 1'000 Busse pro Jahr zusammen. Selbstverständlich bedingte dies Personal, das für die Durchsetzung von Bussenticketsystemen auf Gemeindeebene sorgt und nicht nur PWs kontrolliert, sondern eben hier auch nach Abfallsündern Ausschau hält. Nach meinem Wissen macht das Fachpersonal der Stadt Arbon dies nicht, hat keinen diesbezüglichen Auftrag und ist auch nicht entsprechend vereidigt. Namentlich weiss dieses Fachpersonal nicht, wie beobachtete Abfallsünder zu identifizieren sind. Wenn man in Arbon herumgeht, dann sieht man doch ab und zu jemanden, der sich gerade des Abfalls illegal entledigt. Diesbezüglich fehlt es ganz einfach an der Instruktion durch den Stadtrat und am Willen des Stadtrats, etwas zu unternehmen. In der Regel erkennt man zum Beispiel auch Renitente, die ihre Personalien nicht nennen wollen, aufgrund einer Foto, gemacht mit einem Handy. Auf jeder Gemeindeverwaltung kennt man die Pappenheimer. Weiter stelle ich fest, dass liegengelassene Abfallsäcke und auf Trottoirs herumstehende Sofas, alte Fahrräder und dergleichen mehr in aller Regel lieber kurzerhand und still entsorgt werden, als dass man sich die Mühe für Abklärungen macht, wer hier den Abfall illegal entsorgt hat. Ich gebe ja zu, das Wühlen nach Adressen und Forschen nach Personennamen ist unangenehm, aber ein Job, wenn man Littering unterdrücken will. Die Leute wissen das auf der Gegenseite und entsorgen ihren Abfall eben entsprechend, ohne mühsam Adressen zu beseitigen bzw. auch wenn sie von Dritten beobachtet werden. Sie sind recht frech geworden und wissen, man kommt nicht dran. Keine CHF 1'000 Gesamtbetrag beim Littering, dafür aufgrund der Budgetzahlen in den Konten 6152 Parkierbussen von gut CHF 350'000 von Automobilisten abkassieren, das heisst 350 Mal mehr als von Abfallsündern – ich begreife, dass sich da mancher gebüsste Automobilist als Milchkuh vorfindet, wenn er weiss, dass Abfallsünder 350 Mal weniger zur Kasse gebeten werden. Mit meinem Vorschlag, den Litteringbussengesamtbetrag auf CHF 10'000 anzuheben, ist der Bussenbetrag, den Automobilisten der Arboner Stadtkasse abzuliefern haben, immer noch 35 Mal höher. Ich bitte Sie darum, meinen Antrag auf Erhöhung des Gesamtbussenbetrags für Littering auf CHF 10'000 zu unterstützen.

In meiner Fraktion geniesse ich keine Mehrheit für meine zwei Anträge, dies trotz ihrer Bescheidenheit. Ich solle das Thema mit anderen parlamentarischen Mitteln doch präsentieren. Das werde ich nicht tun. Sie wissen bestens, dass aus unseren Reihen namens der Bevölkerung, die wir vertreten, immer wieder über Littering geklagt wird. Auch bei den Eintretensdebatten habe ich gemeint zu hören von dir, Ruedi Daepf, dass ein Schwerpunkt deiner Fraktion das Litteringwesen und das Unterdrücken sein soll. Und so ich dich richtig verstanden habe, Lukas, auch du meinst, Littering sei in Arbon ein Problem. Im Grossen Rat wollen sie gar die Bussenbeträge gemäss dem Ticketsystem markant erhöhen. Da bin ich dagegen. Das sind keine Kriminelle. Lassen wir den Litteringbetrag auf dem bestehenden Niveau sein, aber setzen wir ihn dafür durch. Demzufolge ist der politische Druck, dass gegen Littering etwas getan wird, gross, sehr gross. Kommt dazu, dass die Regeldichte, nämlich was, wie, durch wen bestraft werden soll, sehr hoch ist, sodass es vonseiten der Legislative, das heisst von uns Parlamentariern als Gesetzgeber, eigentlich nichts mehr zu tun gibt. Insbesondere ist kein neues Arboner Abfallreglement zu erlassen. Es liegt an der Exekutive, die bestehenden guten Gesetze zur Anwendung zu bringen. Und dies unter anderem mit der Vorgabe im Budget, dass wir Parlamentarierinnen und Parlamentarier finanziell von einer Litteringbekämpfung von der Exekutive etwas erwarten. Bislang konnte sich die Exekutive zurücklehnen und den Standpunkt vertreten, gemäss Budget wird von uns in Sachen Litteringbekämpfung trotz vieler Gesetze und Verordnungen und trotz vieler Voten im Parlament und vieler Leserbriefe in den Zeitungen halt nichts anderes erwartet. Ändern Sie das bitte. Folgen Sie meinen bescheidenen Anträgen

betreffend Budgetkorrektur. Ich habe damit zu rechnen, dass Sie meine Anträge trotzdem ablehnen werden. Was werden die Konsequenzen sein? Dann ändert sich eben in Arbon betreffend Littering nix. Es liegt in Arbon weiterhin Abfall herum wie gehabt, wie ich ihn hier deponiert habe, und was ich hier liegenlassen habe, das ist dann eine Selbstverständlichkeit. Wir haben wunderschöne Gesetze und Verordnungen, viel Gebelle im Parlament und viele Leserbriefe in den Zeitungen, aber immer noch gleich viel Abfall im öffentlichen Raum herumliegen. Gemacht wird nichts. Das heisst, wir kapitulieren vor dem jetzigen Zustand. Das will ich nicht und Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen hoffentlich auch nicht. Ziehen Sie in Sachen Littering die Schrauben auch via Budget an und stimmen Sie bitte meinen Anträgen zu. Vielen Dank fürs Zuhören.

Rudolf Daepf, SVP: Ich möchte diesen Antrag noch aus tierischer Sicht untermauern. Viele wissen, der Salat der Tiere ist das Gras. Früher waren es die Bierflaschen, heute sind es noch die Bierflaschen, die Hunde laufen auf den Scherben herum. Wir füttern unseren Tieren das Gras und wir bewirtschaften viele Ränder. Wir schätzen es sehr, wenn die Leute über unseren Betrieb gehen, aber alle reden von Mikroplastik. Nehmen wir doch eine PET-Flasche oder sonst einen Artikel, den zerschlägt es, vielleicht fressen die Kühe das Gras nicht und er landet im Kompost. Neu zertifizieren wir unseren Kompost für Bio, da darf es weniger Mikroplastik drin haben und das müssen wir an der Quelle bekämpfen. Das ist genau das, was Riquet Heller sagt. Und das ist auch möglich. Ich gehe hie und da über unseren Betrieb und habe mein Handy bereit zum Fotografieren. Die Leute, die ich erwische, die nehmen das Zeug zusammen, das ist kein Problem. Es wird heikel mit den öffentlichen Strassen, aber ich weiss, wo mein Privatgrund ist und ich die Fotos machen darf. Und die nehmen das zusammen, das ist gelöst. Aus diesen Gründen, weil der Salat der Kühe oder Rinder das Gras ist und der Ursprung von Mikroplastik, wo alle mitreden und den niemand will, dass er in den Kreislauf gelangt, das entsteht aus den Abfällen, die nicht am richtigen Ort sind, unterstütze ich den Antrag von Riquet Heller sehr und danke für euer Mitdenken und euer Verständnis.

Präsident Lukas Auer, CVP/EVP: Lieber Riquet, du hast glaube ich etwas vergessen. Du hast deinen Müll beim Rednerpult liegenlassen. Darf ich dich bitten, diesen wieder an deinen Platz zu nehmen? Besten Dank.

Lukas Graf, SP/Grüne: Natürlich ist es immer schwierig, Erträge einfach höher zu budgetieren, das ist auch beim Camping so. Zugegeben, wenn das Parlament einen Ertrag hinaufsetzt, hat das oft mit einer Erwartung oder einem Wunsch oder einer Motivation zu tun. Schon im Kern mit einer Erwartung. Aber es ist schwierig, man weiss nicht, ob das dann auch umsetzbar ist. Uns wurde von Stadtrat Schmid und dem Abteilungsleiter ja gesagt, das Problem, dass die Bussen beim Littering so tief sind, liege daran, dass es sehr schwer sei, Leute im Flagranti zu erwischen, wenn sie ihren Abfall entsorgen. Insofern finde ich die Stossrichtung sehr sympathisch und auch den Antrag, deshalb werde ich das auch unterstützen, weil du Riquet auf der anderen Seite auch auf Information und Aufklärung setzt und auch etwas investieren willst, dass man diesen Betrag entsprechend einnehmen kann. Das scheint mir doch sehr viel besser ausgegebenes Geld zu sein, als wenn vier Securitas, so kürzlich gesehen in der Altstadt, gleichzeitig von Beiz zu Beiz gehen und CHF 100 kassieren, nur weil das einfach ist. Ich glaube, hier müssen wir etwas tun, was schlussendlich auch einen Effekt hat. Wir haben alle die gleiche Erwartung an das Litteringproblem, nämlich dass dieses reduziert wird. Das ist eine Möglichkeit mit Information, mit Fotos und mit Abfall durchsuchen usw.

Stadtrat Luzi Schmid, CVP: Riquet Heller, du hast das Problem jetzt sehr farbig, ausführlich und breit erklärt. Es sind zwei Positionen und es betrifft leider zwei Ressorts. Was Bussen eintreiben ist, betrifft das Ressort Einwohner und Sicherheit, was die zusätzliche Reklame und Plakate ist, betrifft das Ressort Bau. Aber ich muss schon sagen, die Zahlen im Budget zu ändern, ist kein Auftrag und kann kein Auftrag an den Stadtrat sein, den er einhalten muss. Du hast immer wieder betont, der Stadtrat erkenne das Problem nicht, wolle nichts unternehmen und noch andere Vorwürfe. Ich kann dir sagen, das Problem ist bekannt. Littering kann nicht allein mit Busseneinnahmen gelöst werden. Wir werden uns in Zukunft auch mit Spielplätzen unterhalten

müssen, wir sind am Überlegen, ob es allenfalls ein anderes Konzept für die Abfallkübel braucht. Aber Littering – was haben wir vorhin zum Thema Securitas abgestimmt? – braucht Kontrolleure. Das braucht am Wochenende, das braucht vor allem in der Nacht, das braucht vor allem an schönen Tagen Leute, die beweisen können, dass diese Personen das Littering verursacht haben. Das wird schwierig. Das Problem ist erkannt. Ich kann nicht sagen, mit dem Segen des Parlaments bin ich dafür. Ich würde diese beiden Positionen so belassen, vor allem bin ich auch nicht sicher, ob die CHF 10'000 Dienstleistungen Dritter am richtigen Platz sind. Wenn dir natürlich die Antwort vermutlich nicht gefällt, dass der Stadtrat das Problem erkannt hat, wir bleiben am Ball und es ist ganz klar, wir lesen die Zeitung ja auch. Es gibt noch einen Unterschied. Das, was an der Strasse abgestellt wird, was Müllabfuhr ist, das wird sehr genau von den Abfuhrleuten kontrolliert und hie und da findet man etwas. Aber auch das ist schwierig. Littering, wie du meinst, Zigarettensammel, Bierdosen, Essensreste etc. – da wird es effektiv schwierig. Und ich weiss nicht, ob der Aufwand nicht grösser ist, wenn die Staatsanwaltschaft sagt, wir können es nicht beweisen und wir wieder zurückziehen müssen. Aber nur so viel: Das Problem ist effektiv erkannt und der Stadtrat kennt es und setzt alles daran, hier Lösungen zu präsentieren.

Stadtrat Didi Feuerle, Grüne: Ich habe extrem grosse Sympathie für den Antrag von Riquet Heller und als Vorsteher des Werkhofs werde ich selbstverständlich den Job erledigen und den Müll hier beseitigen. Aber trotzdem möchte ich sagen, es ist wichtig, dass wir eine Antilitteringkampagne machen. Mit diesem Antrag von Riquet Heller machen wir das bereits ein Stück. Und es ist auch absolut logisch, für alle normal denkenden und normal handelnden Leute ist Littering etwas Verwerfliches, das macht man einfach nicht. Ich glaube, wir können eine Antilitteringkampagne machen, ohne dafür CHF 10'000 einzusetzen. Ich appelliere an alle hier. Wenn Sie jemanden sehen, der Zigarettensammel weg wirft oder PET-Flaschen liegen lässt oder Redbulldosen irgendwo in eine Wiese wirft, diese Leute anzusprechen, ihnen zu sagen, sie hätten etwas verloren und sie mögen es doch bitte richtig entsorgen. Wir haben mehrere Hundert Abfalleimer und das menschliche Versagen ist hier teilweise leider sehr gross und einige Leute schaffen es nicht, drei, vier Meter extra zu gehen und diese Abfalleimer zu verwenden. Ich denke, wir brauchen keine CHF 10'000 und es muss eine Daueraufgabe von uns allen sein, Leute zurechtzuweisen, Zivilcourage an den Tag zu legen und weiterzuerzählen, die Kinder entsprechend zu schulen, dass man das nicht macht. In diesem Sinn mache ich jetzt den Job des Werkhofs, die machen einen Super Job, nehme den Abfall hier mit und bitte Sie trotzdem, den Antrag von Riquet Heller abzulehnen.

Präsident Lukas Auer, CVP/EVP: Ich danke dir Didi, dass du der Aufforderung, die ich an Riquet Heller gerichtet habe, nachgekommen bist.

Ulrich Nägeli, SVP: Ich unterstütze den Antrag von Riquet Heller ganz einfach darum, weil er auf gut Deutsch gesagt einmal versucht, Nägel mit Köpfen zu machen oder weil er konkret etwas versucht. Denn es nützt nichts, wenn wir etwas ansprechen und Wattebällchen aufeinanderwerfen, es müsste wirklich so sein, dass man einmal konkret an diese Umsetzung geht und den Druck erhöht. Darum bin ich dafür.

Riquet Heller, FDP/XMV: Sie haben gerade ein Beispiel der Wattebällchenpolitik erlebt. Ich habe ein Delikt begangen. Was wird gemacht? Der Abfall wird höflich entsorgt, mit viel Aufwand und mir geschieht gar nichts. Und das weiss die Bevölkerung. Wenn man den Leuten noch zuredet und dem jugendlichen oder dem betagten Trunkenbold sagt, bitte nimm doch das mit, lacht der einen aus. Was hast denn du in der Hand? Gar nichts. Ich bin demzufolge enttäuscht Didi, dass du mir den Abfall einfach genommen hast und nichts zu unternehmen gedenkst, weil es eben unangenehm ist, den Stier an den Hörnern zu packen. Die Leute wissen das und deshalb haben wir so viel Abfall. Es fehlt am Bewusstsein.

Weiter stelle ich fest, dass mit blossem Zureden und ohne finanzielle Mittel gearbeitet werden will. Die CHF 10'000 möchte er nicht, unser Minister, der dafür zuständig ist, weil er meint, es ginge allein mit dem Zureden. Nein, ich möchte gern, dass eine Aktion, eine Plakataktion gemacht wird, Aktionen der Schüler unterstützt werden, wenn gereinigt wird und dass das auch in den

Zeitungen gezeigt wird, damit wir es uns wieder bewusst sind, dass es so nicht geht. So erreichen wir nämlich Malaysia und Singapur und sonst bleiben wir im Dreck stecken.

Sodann stelle ich fest betreffend die Kontrolleure: Haben Sie schon je einen Kontrolleur gesehen, der irgendetwas in Sachen Abfall macht? Ich sehe täglich an der Berglistrasse, wo ich wohne, wie sie den Automobilisten Bussenzettel verteilen. Aber betreffend Abfall sind sie gar nicht einmal vereidigt. Man könnte ja die Securitas diesbezüglich ein bisschen einfuchsen und dann gäbe es ein bisschen mehr Bussenbetrag als CHF 1'000, die man dann eh nie erreicht. Ich bitte Sie deshalb noch einmal, bei beiden Anträgen zuzustimmen, nämlich dass CHF 10'000 für eine entsprechende Aufklärungskampagne ausgegeben werden und dass man sich bemüht, CHF 10'000 Bussen hereinzubekommen. Unsere Schüler haben bewiesen, dass sie dazu in der Lage wären, indem sie entsprechend Abfall zusammengeknobelt haben. Vielen Dank.

Cyrill Stadler, FDP/XMV: Sie haben es gemerkt, wir hatten innerhalb der Fraktion schon ein Streitgespräch über diesen Antrag. Auf der einen Seite, Lukas hat es erwähnt, eine sehr sympathische Geste. Wir setzen den Bussenbetrag in die Höhe und erwarten vom Stadtrat, dass er eine Aufklärungskampagne macht. Ja, das kann man schon so machen. Meiner Meinung nach ist einfach das Budget, das habe ich mit Riquet Heller auch schon diskutiert, nicht der richtige Ort, um das zu tun. Wir haben als Parlamentarier die Möglichkeit, Vorstösse zu machen. Wir können kreative Ideen zusammensetzen, wie das geschehen soll. Jetzt einfach beim Budget auf der einen Seite einen Betrag erhöhen, auf der anderen reduzieren, etwas einnehmen, ausgeben – das ist für mich nicht die richtige Vorgehensweise. Ich kann die Stossrichtung von Didi Feuerle unterstützen. Riquet, lass uns gemeinsam einen Antrag einreichen, wie das geschehen soll. Wie soll die Kampagne passieren, wo soll sie passieren? Ich glaube nämlich nicht, dass unser Litteringproblem die Schüler sind. Das sind vermutlich eher etwas die Älteren, ich weiss es aber nicht genau. Man sollte das analysieren dürfen und überlegen, wo eine Kampagne am besten greift, wo man mit Kontrollen am ehesten etwas bewirken kann. Dann haben wir am Schluss vielleicht ein Instrument, das für die Region Vorzeigecharakter hat. Einfach mit diesem Bussenkatalog zu operieren, glaube ich nicht, dass wir irgendeine Goldmedaille verdienen werden. Deshalb beantrage ich Ihnen, den Antrag nicht zu unterstützen. Besten Dank.

Stadtrat Didi Feuerle, Grüne: Es braucht sowohl als auch. Ich bin selbstverständlich auch dafür, dass Bussen ausgesprochen werden, wenn jemand erwischt wird. Ich selber kann keine Busse ausstellen, da ich nicht vereidigt bin. In deinem Fall Riquet, hätte ich dir ehrlich gesagt gern eine Busse von CHF 1'000 ausgestellt, aber leider geniesst du hier parlamentarische Immunität. Von dem her wäre es sinnlos gewesen. Aber nichtsdestotrotz: Antilittering ja und sowohl als auch Bussen.

Riquet Heller, FDP/XMV: Ich höre das Lied, allein mir fehlt der Glaube. Welchen Vorstoss sollen wir im Parlament in Sachen Littering noch machen? Was bringt es? Wir haben es ausgeschöpft, das Thema ist zu Boden geredet, und wenn wir noch etwas machen, wird sicher von der Regierungsbank kommen, ja im Budget ist ja nichts vorgesehen. Also bringen wir doch einmal das Budget und sagen, Geld habt ihr. Wir haben keine Fantasie mehr im Parlament, es soll das die Regierungsbank machen. Und darum bitte ich Sie, beiden Anträgen grünes Licht zu geben und der Bevölkerung auch über das Budget zu sagen, dass es Zeit ist, in Sachen Littering einen anderen Kurs anzuwenden. Oder wir geben uns mit dem zufrieden, was wir haben. Und hier gebe ich sogar noch zu, so schlimm ist es nicht. Es gibt Länder, wo es schlimmer ist, aber ich möchte es gern besser haben in Arbon. Ich bitte Sie, beiden Anträgen zuzustimmen, sowohl dem Aktionsplan betreffend die kleinen CHF 10'000 als auch der angestrebten Bussenerhöhung bis CHF 10'000. Vielen Dank.

Abstimmung

Antrag 1 von Riquet Heller (CHF 10'000 für Aufklärungskampagne) wird mit 17 Ja gegen 9 Nein bei 2 Enthaltungen angenommen.

Antrag 2 von Riquet Heller (Erhöhung des Bussengesamtbetrags auf CHF 10'000) wird mit 14 Ja gegen 13 Nein bei 1 Enthaltung angenommen.

8400 Tourismus und Marketing

Daniel Bachofen, SP/Grüne: Die Fraktion SP/Grüne beantragt Ihnen die Kürzung der Budgetposition 8400.3636.01 Beitrag an Thurgau Tourismus auf den Vorjahresbetrag von CHF 70'200. Vor zwei Jahren hat der Stadtrat beschlossen, zusammen mit Thurgau Tourismus eine Pilotphase im Zeitraum 2019/2020 durchzuführen. Klar war damals schon, dass der Pilot danach in eine dauerhafte Leistungsvereinbarung mit Thurgau Tourismus münden sollte. Selbstverständlich war geplant, diese Pilotphase zu evaluieren, um Erkenntnisse daraus in die Leistungsvereinbarung aufzunehmen. In der wieder zurückgezogenen Botschaft des Stadtrats findet sich leider noch keine Evaluation des Testbetriebs. Die Gründe dafür sind nachvollziehbar, man hat schlicht zu wenig Erfahrung sammeln können. Statt dass nun aber die Pilotphase verlängert wird, hält der Stadtrat am ursprünglichen Zeitplan fest. Er will die Leistungsvereinbarung unterzeichnen und budgetiert die entsprechenden wiederkehrenden Kosten. Ich bitte Sie nochmals zu überlegen, ob Sie diesen Kosten in der gegenwärtigen Ausgangslage tatsächlich zustimmen können. Das Parlament würde ohne Kenntnis des finalen Berichts, ohne dass die Lernphase des Pilotbetriebs sauber evaluiert wurde, eine Vorentscheidung zugunsten der vorliegenden Leistungsvereinbarung treffen. Die Fraktion SP/Grüne ist klar der Meinung, dass die Pilotphase verlängert werden sollte. Die Leistungsvereinbarung sollte unbedingt unter Kenntnis der Evaluation der Pilotphase abgeschlossen werden. Nur so kann sichergestellt werden, dass allfällige Verbesserungen auch tatsächlich in den Vertrag miteinfließen. Eigentlich war dies ja auch so geplant und es ist unverständlich, wieso nun in einer Hauruckaktion davon abgewichen werden soll. Zumindest sind uns keine guten Gründe dafür bekannt. Wir bitten Sie deshalb, diese Budgetposition zu überdenken und unserem Antrag zu folgen. Legen wir den Beitrag an Thurgau Tourismus auf CHF 70'200 fest. Damit kann der Pilotbetrieb weitergeführt und geordnet in eine gute, längerfristige Leistungsvereinbarung überführt werden. Besten Dank.

Cyrill Stadler, FDP/XMV: Ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen. Wir haben in der Botschaft zum Budget zwei Beträge, einmal Thurgau Tourismus und einmal Arbon Tourismus. Dass diese Pilotphase gescheitert ist, dazu haben wahrscheinlich sowohl Arbon Tourismus wie auch Thurgau Tourismus beigetragen. Nun haben wir eine Kommission bestückt, wir werden die neue Vorlage dann beurteilen, wir werden darüber befinden und werden entscheiden, wie das weitergehen soll. Ich fände es zum jetzigen Zeitpunkt nicht gerechtfertigt, am Budget Änderungen vorzunehmen. Wir würden irgendetwas vorbestimmen, wenn wir das machen wollen, dann müssen wir sowohl den Betrag für Thurgau Tourismus als auch den Betrag für Arbon Tourismus gleichmässig kürzen und nicht irgendwo etwas vorwegnehmen, was wir aus heutiger Sicht einfach nicht wissen können. Besten Dank.

Daniel Bachofen, SP/Grüne: Nur kurz zusätzliche Informationen: Wir beantragen, den Beitrag für Thurgau Tourismus auf dem Vorjahresbetrag zu budgetieren, der Betrag für Arbon Tourismus ist bereits auf dem Vorjahresbetrag budgetiert. Also insofern ist es für beide Parteien hier eine Gleichbehandlung.

Stadtpräsident Dominik Diezi, CVP: Ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen bzw. ihm nicht zu folgen. Wie ich bereits ausgeführt habe, laufen aktuell intensive Gespräche zwischen Arbon Tourismus und Thurgau Tourismus. Es sieht aktuell nach meiner Einschätzung gut aus, dass man sich hier wirklich zusammenraufen kann und dann gemeinsam wirklich eine Zukunft sieht. Ich lade Sie ein, die Diskussion dann im Dezember zu führen, da sollte hoffentlich dann alles parat sein. Es sieht derzeit wirklich sehr gut aus, dass wir die Botschaft wieder einbringen können, hier noch ergänzende Ausführungen machen können, dass sich dann auch die Kommission damit befasst hat und dass Sie dann hier in Kenntnis aller Umstände diese Diskussion führen können. Jetzt hier verfrüht irgendwelche Kürzungen vorzunehmen, erscheint nicht sinnvoll zu sein. In diesem Sinn bitte ich Sie um Ablehnung dieses Antrags.

Abstimmung

Der Antrag von Daniel Bachofen wird mit 9 Ja gegen 19 Nein abgelehnt.

8500 Industrie, Gewerbe, Handel

Matthias Schawalder, SVP: Ich habe eine Frage zu 8400.3130.40 Standortmarketing. Gern hätte ich erfahren, was das Ziel dieser 40'000-fränkigen Standortmarketingstudie ist. Besten Dank für die Beantwortung der Frage.

Stadtpräsident Dominik Diezi, CVP: Aktuell ist die Situation so, dass wir in diesem Bereich überhaupt keine Grundlagen haben. Es gibt keine Zielsetzungen in Arbon, was das Bevölkerungswachstum angeht oder Entwicklung von Arbeitsplätzen, auch wo vielleicht neue Gewerbegebiete sinnvoll wären, auch in welchem Segment es vielleicht realistisch wäre. Es geht auch um Fragen der Verkehrsanbindung, wo wir vielleicht am besten aktiv würden, um Verbesserungen herbeizuführen. Es geht insgesamt wirklich um eine Beurteilung des aktuellen Standorts Arbon. Wo stehen wir heute, wo haben wir Defizite, wo sind unsere Stärken? Und vor allem auch Massnahmenpläne, die können dann natürlich in ganz verschiedenen Feldern herangezogen werden. Wir wollen hier jetzt wirklich vorwärtsmachen, sodass nach unserer Hoffnung auch noch Erkenntnisse in die laufende Ortsplanungsrevision einbezogen werden können. Diesbezüglich erscheint es uns relativ schwierig, wenn wir rein planerisch an diese Aufgabenstellungen herangehen, ohne eigentlich wirklich den Unterbau zu haben. Ich glaube, diese Studie ist wirklich sehr wichtig und die sollten wir auch unbedingt machen.

Investitionsrechnung

Keine Wortmeldungen

Finanzplan

Keine Wortmeldungen.

Rückkommen wird nicht gewünscht.

Präsident Lukas Auer, CVP/EVP: Ich habe vernommen, dass die Interpellation noch nicht einmal in der Hälfte ist. Darf ich Sie bitten, diese noch zirkulieren zu lassen?

Ich möchte den beiden Herren Vonlanthen und Egli bestens danken. Die Zahlen liegen vor.

Abstimmung

Der Antrag des Stadtrats, den Steuerfuss bei 76 % zu belassen, wird einstimmig angenommen.

Das Budget 2021 mit einem Einnahmenüberschuss von CHF 48'000 wird mit 24 Ja gegen 4 Nein genehmigt.

Die Investitionsrechnung mit Nettoinvestitionen von CHF 4'377'000 wird einstimmig genehmigt.

Der Finanzplan 2021-2024 wird zur Kenntnis genommen.

Präsident Lukas Auer, CVP/EVP: Das Budget und der Steuerfuss unterliegen gemäss Gemeindeordnung Art. 7 obligatorisch der Volksabstimmung und werden den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern am 29. November 2020 zur Abstimmung unterbreitet.

Ich danke Mischa Vonlanthen und Bernhard Egli für ihre grosse Unterstützung und der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für die geleistete grosse Arbeit.

4. Fragerunde

Präsident Lukas Auer, CVP/EVP: Gemäss Art. 48 des Geschäftsreglements führt das Parlament am Ende der Sitzung eine Fragerunde durch. Die Fragen werden an der Sitzung mündlich gestellt, der zuständige Stadtrat beantwortet die Frage in der Regel sofort mündlich und kurz, eine Diskussion findet nicht statt.

Fabio Telatin, SP/Grüne: Der Stadtrat hat laut Medienbericht vom 25. August 2019 verlauten lassen, dass er eine Überprüfung im Juni 2019 in Auftrag gegeben hat, wie die Friedhofparzelle 627 in Zukunft genutzt werden soll. An der Parlamentssitzung vom 17. September 2019 stellte ich Fragen zur Sachlage der ehemaligen Friedhofparzelle 627 – zur Info, wo das alte Friedhofgärtnerhaus stand. Eine Frage lautete: «Was hat die Stadt mit der ehemaligen Friedhofparzelle 627 im Sinn, die zum jetzigen Zeitpunkt durch die Kette abgeschlossen ist?» Antwort Stadtrat: «Diese wird nur bei grossen Bestattungen geöffnet und für gelegentliche Veranstaltungen in der Umgebung, ansonsten liegt dieses Areal die übrige Zeit brach, da wie erwähnt ja keine Bewilligung für das Parkieren vorliegt.» Nur durch das Nachfragen von Anwohnern, wie das Areal in Zukunft genutzt werden soll, hat man schon diverse Aussagen gehört, so zum Beispiel: «Wir hoffen, dass der Stadtrat nach den Herbstferien 2019 eine erste Vorberatung zu diesem Geschäft macht und sich dann bis Ende Jahr 2019 abschliessend eine Meinung bildet, wie das weitere Vorgehen und die Nutzung der Parzelle sein könnten.» Oder zum Beispiel, dass nach den Sommerferien 2020 eine Pressemitteilung gemacht wird, wie die zukünftige Nutzung sein könnte. Nun nähern wir uns bereits den Herbstferien und es liegt immer noch keine Information vor, wie diese Parzelle in der Zukunft genutzt werden könnte. Auch nicht mal im Ansatz eine kleine Mitteilung oder Veröffentlichung. Ich bitte um Beantwortung meiner Fragen und danke schon im Voraus.

1. Hat der Stadtrat die Abklärungen noch nicht gemacht oder sind bereits solche gemacht worden, wie das Areal genutzt werden könnte?
2. Liegen bereits relevante Vorschläge vor?
3. Wenn ja, wurde der Vorschlag einer neuen Benutzung durch den Stadtrat bereits verabschiedet? Wenn ja, wie sieht dies aus?

Stadtpräsident Dominik Diezi, CVP:

1. Ja, die Abklärungen wurden gemacht.
2. Ja, es liegt sogar schon mehr vor, nämlich ein konkretes Projekt.
3. Ja, durch den Stadtrat wurde beschlossen, dass die Parzelle in einen nun eben bewilligten Parkplatz umgenutzt werden soll. Momentan, und das zieht sich halt noch ein bisschen hin, aber das ist auch sehr wichtig, finden noch die Abstimmungen mit den Anstössern statt. Hier ist aktuell im Stadtrat Didi Feuerle unterwegs. Wir wollen wirklich, dass das nachher funktioniert und nicht gleich blockiert wird durch Einsprachen. Daher ist es wichtig, dass wir alle Anstösser optimal einbeziehen und noch gewisse Optimierungen an diesem Projekt vornehmen können. Sobald wir diese Etappe auch noch hinter uns haben, findet selbstverständlich auch eine öffentliche Information statt. Die Umnutzung soll dann 2021 realisiert werden. Das Geld ist im Budget vorgesehen, es soll über die Spezialfinanzierung laufen. Von da her sollte die Stadtrechnung nicht belastet werden.

Präsident Lukas Auer, CVP/EVP: Es wurden zwei Fragen eingereicht, die die Schliessung der Badi Arbon betreffen. Aufgrund der Ähnlichkeit hat Riquet Heller, FDP/XMV seine Frage zugunsten von Linda Heller, SP/Grüne zurückgezogen.

Linda Heller, SP/Grüne: Viele Arbonerinnen und Arboner haben sich gewundert, als unser Schwimmbad eine Woche früher als in den vergangenen Jahren die Saison beendete. Bis zu diesem Jahr, das an sich schon eine verkürzte Badesaison durch COVID-19 mit sich brachte,

war der Zeitpunkt der Schliessung am Bettag. So handhabt das auch unsere Partnergemeinde Romanshorn. Mit meinem Badiabo bin ich also vorletzte Woche, in der es sonnig, warm und trocken war, wie es der Langzeitwetterbericht vorhergesagt hatte, nach Romanshorn schwimmen gegangen. Ausserdem waren auch dieses Jahr trotz COVID-19-Pandemie in den Badeanstalten Steinach, Rorschach, Romanshorn und weiteren Badeorten die Flosse auf dem Bodensee. In Arbon hat man darauf verzichtet. Ausserdem möchte ich bemerken, dass sich in der Nähe des Badebereichs keine Informationen zu den Verhaltensregeln befanden und diese meiner Meinung nach allgemein den Besucherinnen und Besuchern des Schwimmbads schlecht kommuniziert wurden. Ich bitte den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen.

1. Wieso hat das Arboner Schwimmbad schon am 13. September 2020 geschlossen?
2. Wird dieser Zeitpunkt der Schliessung in den folgenden Jahren wieder so gewählt?
3. Wieso waren die Flosse nicht auf dem See?

Stadtrat Jörg Zimmermann, XMV: Besten Dank für diese Fragen. Dass die Badi Arbon am 13. September geschlossen hat, wurde schon am Ende der letzten Saison beschlossen. Dies war in den vergangenen Jahren immer etwa im gleichen Zeitraum so. Fünf Tage vor der Schliessung habe ich selber nachgefragt, wie hoch die Besucherfrequenz noch ist. Die Antwort war 60 bis 70 Eintritte pro Tag. Vielleicht um es ins Verhältnis zu setzen, wir haben in der Hochsaison an einem schönen Tag etwa 4000 Eintritte. Daraufhin habe ich den Schliesszeitpunkt nicht verändert, da ich den Eindruck hatte, dass das Bedürfnis, in die Badi zu gehen, fast nicht mehr vorhanden ist. Im Nachhinein betrachtet und aus diversen Rückmeldungen aus der Bevölkerung macht es Sinn, den Schliesszeitpunkt nicht mehr auf ein Datum festzulegen, sondern das gute Wetter entscheiden zu lassen.

Zum Thema Flosse: Die Abteilung FSL hat für die laufende Saison ein Schutzkonzept erarbeitet, das ausgezeichnet funktionierte. Die Flosse konnten nicht installiert werden, da schlichtweg der Abstand nicht eingehalten werden konnte. Wir sind dankbar, dass trotz Corona die Bäder noch geöffnet werden konnten und hoffen auf das nötige Verständnis, wenn es um Massnahmen geht, die die Ansteckung verhindern sollen.

André Mägert, FDP/XMV: Vorab möchte ich auf einen Event hinweisen oder mich bedanken. Am 16. September durften wir jungen oder neuen Stadtparlamentarier einen wunderbaren Ausbildungstag geniessen. Wir wurden da stundenlang gedrillt mit Geschäftsordnung und Reglement, dafür möchte ich mich hier an dieser Stelle ganz herzlich bei Nadja Holenstein und Jakob Auer bedanken. Es war sehr wertvoll. Dort haben wir auch gelernt, dass in der Fragerunde Spontanfragen gestellt werden können. Meine Frage heute zielt an meinen Kollegen Jörg Zimmermann. Ich stelle erfreut fest, dass 20 der 28 anwesenden Stadtparlamentarier digital unterwegs sind, das heisst, mit Laptop ausgerüstet sind. Eine sehr schöne Tendenz, finde ich. Meine Frage an Jörg Zimmermann: Um zu umgehen, dass die Parlamentssitzung zu Ende ist, wenn der Akku leer ist, wäre es möglich, dass wir ab der nächsten Sitzung die entsprechende Infrastruktur, sprich Strom auch an unseren Arbeitsplätzen installieren könnten?

Stadtrat Jörg Zimmermann, XMV: Vielen Dank für diese Anregung. Ich nehme sie gern auf und werde sehen, was für Möglichkeiten bestehen, dass wir dir an der nächsten Sitzung genügend Strom zuführen können. Und den anderen natürlich auch.

6. Informationen aus dem Stadtrat

Stadtpräsident Dominik Diezi, CVP: Ich möchte Sie noch auf zwei Anlässe hinweisen und dazu auch herzlich einladen.

Am Samstag, 7. November 2020 voraussichtlich um 10 Uhr wird voraussichtlich in der Webmaschinenhalle eine Podiumsdiskussion stattfinden, und zwar zum Thema «Wie wird das neue kantonale Museum in Arbon zum grossen Wurf?». Unter der Leitung von Andrea Vonlanthen werden diskutieren: Monika Knill, die zuständige Thurgauer Regierungsrätin aus dem

Departement für Erziehung und Kultur, Gabriele Keck, die Direktorin des Historischen Museums Thurgau, Andreas Spillmann, Direktor des Schweizerischen Landesmuseums, Dominik Joos, PR-Kommunikationsexperte und auch noch meine Wenigkeit. Ich glaube, das ist wirklich ein hochkarätig besetztes Podium zu diesem für Arbon natürlich sehr wichtigen Thema und es wäre wirklich schön, wenn auch möglichst viele gerade auch aus diesem Kreis dabei wären und damit eben auch ihr Interesse an diesem neuen kantonalen Museum in Arbon bekunden.

Am Dienstag, 24. November 2020 wahrscheinlich um 19 Uhr findet hier im Seeparksaal eine Dialogveranstaltung mit dem Stadtrat und der Bevölkerung statt. Die Aufteilung wird etwa so sein, dass ein Viertel der Zeit die Stadträte kurz Rechenschaft abgeben, wo sie nach diesen rund 18 Monaten in der Arbeit stehen. Was ist aus dem Legislaturprogramm bereits umgesetzt worden? Wo ist man intensiv dran? Und was ist wichtig und noch pendent? Das soll aber nur ein bisschen die Einleitung sein. Nachher soll wirklich der Austausch mit der Bevölkerung im Zentrum stehen, um mit allen Stadträten und nicht nur mit dem Stadtpräsidenten in Kontakt zu treten. Die ganze Bevölkerung soll die Möglichkeit haben, mit allen Stadträten in den Dialog zu treten. Herzliche Einladung.

Präsident Lukas Auer, CVP/EVP: Ich gebe Ihnen noch bekannt, die Interpellation «Flächendeckendes Glasfasernetz für Arbon» von Daniel Bachofen und Heidi Heine, beide SP/Grüne wurde mit 19 Unterschriften an den Stadtrat überwiesen.

Wir sind am Schluss der heutigen Sitzung. Die nächste Parlamentssitzung findet am 3. November 2020 wie gewohnt um 19 Uhr statt.

Wir konnten heute selbst sehen, wie schwer es war, so ein Budget zu bearbeiten und auch noch positive Finanzen vorzuweisen. Der Stadtrat wie auch das Parlament haben gezeigt, wie haushälterisch sie mit den Finanzen in Arbon umgehen. Zum Schluss möchte ich euch allen gute Gesundheit wünschen und eine gute Zeit und hoffe auf noch einen gemütlichen Ausklang im Restaurant Seeparksaal. Ich schliesse die Sitzung und wünsche eine schöne Abig.

Ende der Sitzung um 20.50 Uhr.

Für die Richtigkeit des Protokolls:

Der Parlamentspräsident:

Die Parlamentssekretärin:

Lukas Auer

Nadja Holenstein